

zeitung gegen den krieg

Nr. 37 Frühjahr 2014

Erster Weltkrieg und Lehren für heute

U. Sander Bundeswehr gefechtsbereit

J. Wagner EU-Nato-Offensive in der Ukraine

Seite 2

Seite 3

Seite 4

F. Schmid Im Visier: Ukrainisches Öl & Gas

C. Ronnefeldt 15 Jahre Kosovo-Krieg

X. Hall Atomwaffen werden modernisiert

Seite 6

Seite 8

Seite 12

„Das Militär, diesen Schandfleck der Zivilisation, zum Verschwinden zu bringen!“

Albert Einstein

NATO- Ausgriff gen Osten

aus dem Nato-Hauptquartier tönt es: Seit März 2014 erlebten wir eine „historische Zäsur“. Die Rede ist von einer „Wiederkehr des Kalten Kriegs“ – davon dass „Russland jetzt zahlen muss“. Deutschlands Finanzminister vergleicht Putins Vorgehen auf der Krim mit der Politik Adolf Hitlers 1938/39. Die Bundeswehr stationiert Kampfflugzeuge in den baltischen Staaten. Washington stellt ultimative Forderungen an Moskau.

Sie zündeln. In Osteuropa kann es jederzeit brennen. Und ein Brand in der Ukraine kann leicht zu einem neuen Weltenbrand werden.

Halten wir fest: Als das sowjetische Politbüro unter Michail Gorbatschow 1990 in die deutsche Wiedervereinigung einwilligte und kurz darauf den Warschauer Pakt auflöste, da gelobte der Westen, die Nato werde „not a single inch“ – nicht einen Zentimeter – weiter nach Osten ausgedehnt werden. Russland werde nicht eingekreist. Das schien fair: Mehr als 100 Millionen Menschen entzogen sich dem russischen Machtbereich; der Kreml ließ diese ohne einen Schuss abzugeben ziehen. Mehr als eine Million russischer Soldaten wurden aus Ostdeutschland und dem übrigen Mittel- und Osteuropa abgezogen. Es hätte eine Zeit der allgemeinen Abrüstung beginnen können.

Doch das Gegenteil findet statt. Neue Aufrüstung – und die Einkreisung Russlands. Nicht nur die westliche Wirtschaftsmacht, die EU, greift immer weiter nach Osten aus. Der militärische Arm des Westens, die Nato, verlängerte sich bereits bis in die baltischen Staaten. Es gab auch bereits zwei Kriege, mit denen der Westen offen demonstrierte, was noch

alles folgen könnte: 1999 bombte die Nato in Jugoslawien („Kosovo-Krieg“); 2008 marschierte die vom Westen unterstützte georgische Armee in die russisch kontrollierte Region Südossetien ein.

Ohne Zweifel verstößt die Einverleibung der Krim in die Russische Republik gegen internationales Recht. Doch was war dem vorausgegangen?

In Kiew wurde eine rechtmäßig gewählte Regierung weggeputscht. Das neue westlich orientierte Regime wird maßgeblich von antirussischen und faschistischen Kräften bestimmt. Eine der ersten Handlungen der neuen Führung in Kiew bestand darin, die russische Sprache in den Gebieten, in denen mehrheitlich Russinnen und Russen leben, nicht mehr als Amtssprache zu gestatten. Wohl gemerkt: Der russische Anteil an der gesamten Bevölkerung der Ukraine liegt bei knapp 30 Prozent.

Vor diesem Hintergrund müssen die Volksabstimmung auf der Krim und die Einverleibung der Halbinsel in den russischen Staat gesehen werden. Wobei der Vergleich mit dem Kosovo absolut zutreffend ist: In einer klar umgrenzten Region eines Staates (des Kosovo in Jugoslawien bzw. der Krim in der Ukraine) entschied sich eine deutliche Mehrheit für die Abtrennung.

Die aktuelle Krise in der Ukraine mag noch einmal eingedämmt werden. Sicher ist jedoch: Der Westen – die Nato, die US-Regierung, die EU und nicht zuletzt die

deutsche Regierung – orientieren auf Krieg und Bürgerkrieg. Was im Westen der Ukraine Anfang des Jahres gelobt und kofinanziert wurde – Demos, Barrikaden und besetzte Regierungsgebäude – findet inzwischen spiegelbildlich im Osten der Ukraine statt und wird als „Terrorismus“ verteuftelt. Warnungen der Altbundeskanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder oder der Grünen Ex-Bundestags-Vizepräsidentin Antje Vollmer, man werde sich ins eigene Fleisch schneiden, werden kühl ignoriert. Und als der Siemens-Boss Joe Kaeser Ende März in Moskau weilte und aus reinem Konzern-Interesse für „Zurückhaltung und Vernunft“ warb, da giftete der Verband der Deutschen Autoindustrie, der Auftritt des Siemens-Bosses mit Wladimir Putin sei „einfach nur peinlich gewesen“.

Heute droht eine vergleichbare Entwicklung, wie es sie in den vergangenen 150 Jahren im Kapitalismus mehrfach gab: Die *Eigendynamik des Militärischen* droht die Oberhand zu gewinnen. Alles Gerede von der Dominanz des Finanz- und Heuschrecken-Kapitals mit einer Nivellierung nationaler Strukturen könnte sich als Schall und Rauch erweisen – genauso wie dies 1914 der Fall war, als die Theorien vom Ultra-Imperialismus und der Vorherrschaft des Finanzkapitals, die u.a. Karl Kautzky entwickelt hatte, tragisch mit der Realität kapitalistischer Entwicklung widerlegt wurden und der nationale Wahn in Krieg und

wechselseitiges Völkermorden mündete.

Wir appellieren an die Vernunft und an die Herzen der Menschen: Es heißt: Wir müssten „sparen“; alles, auch eine Kita und ein Jugendzentrum, müsste

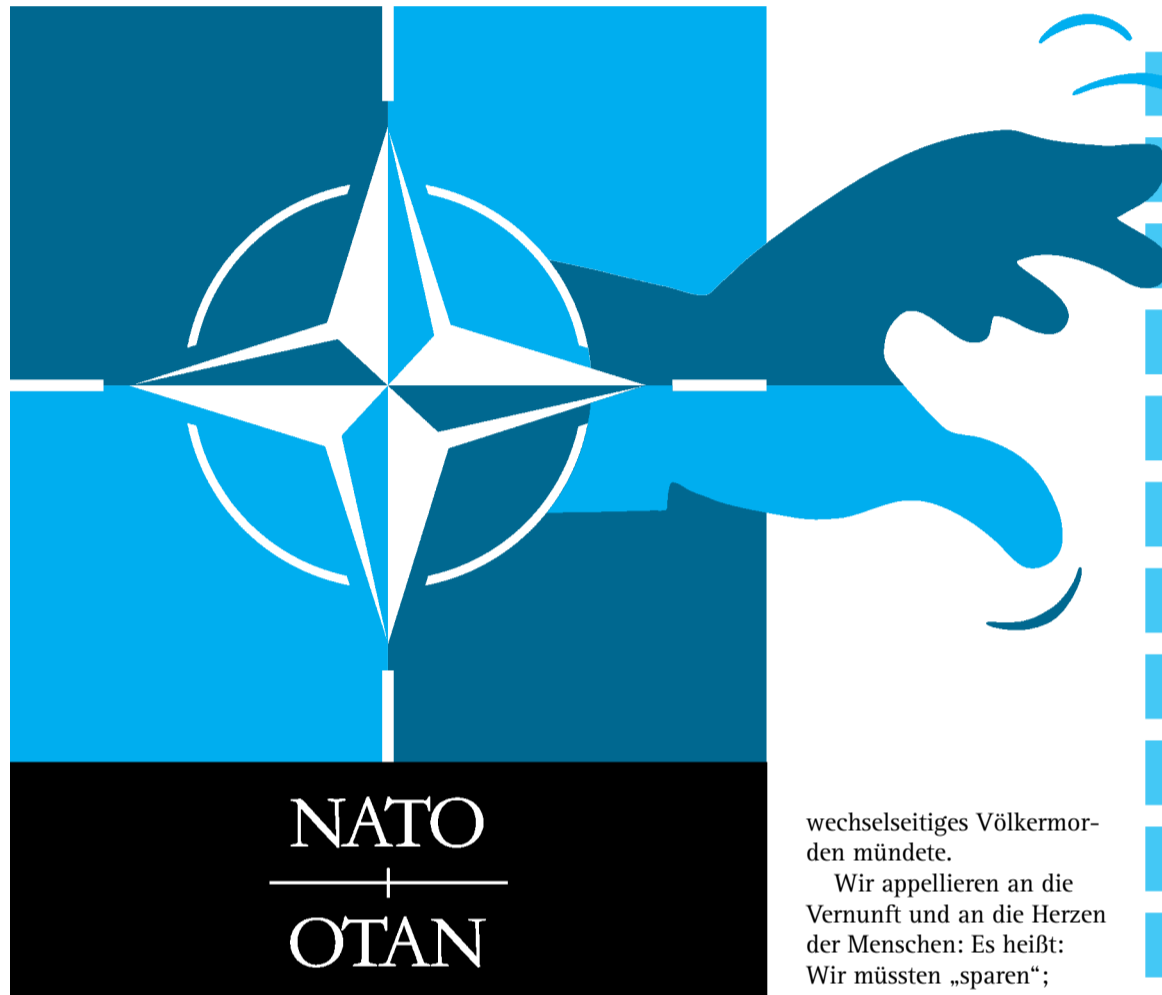
„sich rechnen“. Ist es aber nicht so, dass das Militär, die Bundeswehr und die Rüstung sich zu 100 Prozent nicht rechnen? Dass diese Gelder in Schulen, in Kitas und bei neuen Jobs fehlen?

Es heißt: Die Rüstungsausgaben müssten „verstetigt“ werden. Ist es nicht so, dass allein die Rüstungsausgaben der EU mit 190 Milliarden Euro im Jahr größer sind als diejenigen Russlands, Chinas und Japans zusammengenommen? Machen die Rüstungsetats der Nato, einschließlich des Rüstungsetats der USA nicht mehr als 70 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben aus?

Es heißt: Die EU, der IWF und insbesondere die deutsche Regierung wollten der ukrainischen Bevölkerung helfen. Ist es nicht so, dass diese „Hilfe“ darin besteht, die Lebenshaltungskosten und die Arbeitslosenquote massiv zu erhöhen? Kann man die verheerenden Folgen dieser Art „Hilfe“ nicht plastisch auf dem Balkan, in Griechenland, Portugal, Spanien oder auf Zypern studieren?

Es heißt: Die EU, die Nato und die US-Regierung verfolgten in der Ukraine demokratische Ziele. Ist es nicht so, dass mehr als 70 Prozent der Menschen in Deutschland sich gegen eine weitere westliche Eskalation in der Ukraine aussprechen und dass 75 Prozent der deutschen Bevölkerung den Einsatz der Bundeswehr im Ausland ablehnen?

Stoppt die Kriegstreiber! Engagiert euch für den Erhalt des Friedens!



15 Jahre Zeitung gegen den Krieg (ZgK)

Die Zeitung gegen den Krieg – ZgK wurde wenige Tage nach Beginn des Nato-Kriegs gegen die Bundesrepublik Jugoslawien, gemeinhin als „Kosovo-Krieg“ abgekürzt und verharmlost, gegründet. Die Schlagzeile auf der Titelseite der ersten Ausgabe, die eine Woche nach Kriegsbeginn erschien, lautete: „SPD-Kanzler ordnete Krieg an“. Auf Seite 1 stand: „Herausgeberin: PDS im Bundestag“. Während des Nato-Kriegs gegen Jugoslawien erschienen fünf Ausgaben; die Zeitung wurde bis Juni 1999 in einer Gesamtauflage von mehr als einer Million Exemplaren gedruckt.

Allerdings gab es einen harten Einschnitt. Am 15. April 1999 äußerte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Peter Struck, im Bundestag: „Ich möchte darauf hinweisen, dass mir eine Zeitung vorliegt, herausgegeben von der PDS im Deutschen Bundestag, in der der Bundesminister für Verteidigung, Herr Kollege Rudolf Scharping, als ‚Kriegsminister‘ titulierte wird. Ich weise diese Unerhörtheit deutlich zurück.“ Am 20. April 1999 sagte Rudolf Scharping im Parlament, es sei ihm „scheißeegal“, wie die PDS ihn bezeichne. Es sei jedoch ein Skandal, dass die PDS „mit Steuergeldern diese Zeitung gegen den Krieg finanziert.“ Daraufhin beschloss die PDS-Fraktion mehrheitlich, die Herausgabe der Zeitung einzustellen. Eine Woche später erschien Ausgabe 4, nunmehr mit der Angabe: „Herausgegeben und unterstützt von: Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V. und einzelnen Bundestagsabgeordneten der PDS“. 14 PDS-MdBs (von insgesamt 37) hatten sich bereit gefunden, mit ihrem Namen und mit Geld das weitere Erscheinen der Zeitung zu ermöglichen. In dieser Form erschien die ZgK bis Ende 2002, meist zwei Mal im Jahr. Nach der Bundestagswahl vom September 2002, bei der die PDS an der 5-Prozent-Hürde scheiterte, gelang es, die Zeitung weiterzuführen – nunmehr primär gestützt auf viele einzelne Initiativen der Antikriegsbewegung und Verbände wie DFG-VK, VVN-BdA und den Bundesausschuss Friedensratschlag. Im Sommer 2004 wurde ein neuer juristischer Träger der ZgK gegründet, das Büro für Frieden und Soziales (BFS) e.V. Im BFS e.V. erscheint die Zeitung bis heute. Die Verbindung zum Verband DFG-VK wurde ausgebaut. Als Herausgeberinnen und Herausgeber zeichnen seit mehreren Jahren Heike Hänsel (Tübingen), Ulrich Sander (Dortmund), Monty Schädel (Waren/Müritzt), Bärbel Schindler-Saefkow (Berlin) und Laura von Wimmersperg (Berlin).

Ach ja, in Ausgabe 1 der ZgK gab es auch grüne Stimmen gegen den Krieg. Hans-Christian Ströbele schrieb: „Ich schäme mich für mein Land, das jetzt wieder (...) Bomben auf Belgrad wirft.“ Das war damals eine deutliche Minderheit bei den Grünen. Vergleichbar zur heutigen Situation (siehe Seite 7).

Der Erste Weltkrieg und einige Lehren für heute



Otto Dix
Der Krieg

In diesen Tagen haben viele Publikationen den Ersten Weltkrieg zum Thema. In der Regel handelt es sich um oberflächliche Darstellungen, um die Beschreibung des Kriegsgeschehens – das erste Mal wurden Massenvernichtungswaffen eingesetzt –, um die angebliche Kriegsbegeisterung im August 1914 in Deutschland – in Wirklichkeit hatte diese vor allem die bürgerlichen, kleinbürgerlichen und intellektuellen Schichten erfasst – und um das Thema der Verantwortung für den Kriegsbeginn (wobei inzwischen die längst erwiesene Kriegsschuld des deutschen Kaiserreichs immer wieder relativiert wird). Äußerst selten werden in diesen Publikationen die imperialistischen Ziele und die materiellen Interessen der kriegsführenden Mächte angesprochen. So gut wie nie geht es um Lehren für heute. Genau darum soll es im Folgenden bei sechs Antworten auf sechs Behauptungen gehen.

Impressum

Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG (ZgK) wird herausgegeben von Heike Hänsel (Tübingen), Ulrich Sander (Dortmund), Monty Schädel (Waren/Müritz), Bärbel Schindler-Saefkow (Berlin), Laura von Wimmersperg (Berlin) & Winfried Wolf (Michendorf).

Die ZgK erscheint im Büro für Frieden und Soziales – BFS e.V., Wilhelmshorst.

Verantw. Redakteur (V.i.S.d.P.) Winfried Wolf

ISSN 1611-2881

Unterstützende Personen, Parteien, Initiativen & Organisationen

Die Anstifter (Stuttgart) // Antikriegsforum Ludwigshafen // bundesweite attac-AG Globalisierung und Krieg // Friedensbündnis Karlsruhe // Galerie Olga Benario, Berlin // Willi Hoffmeister als Sprecher des Ostermarsches Ruhr // Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) // Friedensbündnis Karlsruhe // Jochen Traut für den Geraer Dialog/Sozialistischer Dialog (in der Partei Die Linke) // Sozialistische Linke, Karlsruhe // Peter Strutyński als Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag // Initiative Vereinigte Linke // Nordbremer Bürger gegen den Krieg // Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) // PapyRossa Verlag Köln // Rüstungs-Informationsbüro (RIB e.V.), Freiburg // Sozialistische Zeitung, Köln // DIE LINKE (Parteiervorstand).

Gestaltung Joachim Römer

Adressen Postanschrift: BFS e.V. · An den Bergen 112 · 14552 Michendorf
E-mail: zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de
Telefon: 030 – 27 731 83 // Fax: 030 – 22776179 (MdB-Büro Heike Hänsel)

Preise & Konto Der Versand erfolgt auf Bestellung zu den folgenden Preisen (Unkosten):
> von 1 bis 50 Ex. zu 30 Cent je Ex.
> von 51 bis 499 Ex. zu 25 Cent je Ex.
> ab 500 Ex. zu 20 Cent je Ex.
Jeweils zuzüglich Porto und Verpackung.

Abos Die ZgK wird in der Regel in größeren Kontingenten bestellt, teilweise auch in Form fester Bestellungen. Preise siehe oben. Die ZgK kann auch wie folgt in Einzel-exemplaren abonniert werden. Als Abo gelten hier jeweils vier Ausgaben der ZgK in Folge:

> bei Bezug von je 1 Ex. = Abopreis 12 Euro
> bei Bezug von je 3 Ex. = Abopreis 14 Euro
> bei Bezug von je 5 Ex. = Abopreis 16 Euro.

Spenden & Konto Die Zeitung GEGEN DEN KRIEG finanziert sich vor allem über Spenden und Unkostenbeiträge durch Friedensinitiativen und Einzelpersonen und durch die ehrenamtliche Arbeit von Autorinnen und Autoren. Der BFS e.V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein; Spenden sind steuerlich abzugsfähig. BFS e.V. · MBS (Mittelbrandenburgische Sparkasse) · BLZ 16050000 · Kto.Nr.: 3527001866 · IBAN: DE04 1605 0000 3527 0018 66 · BIC: WELADED1PMB.

1. Behauptung

Das Gedenken an den Ersten Weltkrieg, der vor 100 Jahren ausbrach, ist vor allem eine Angelegenheit der Erinnerungskultur. Es hat mit dem Hier und Heute nichts zu tun. **Antwort:** Wenn es bei einem reinen „Gedenken“ bleibt, dann ist dies tatsächlich der Fall. Wenn es jedoch um Denken im Sinne von Nachdenken und Analyse geht, dann ist es falsch, lediglich auf die Schublade „Erinnerungskultur“ zu verweisen. Der Erste Weltkrieg bahnte sich seit mehreren Jahrzehnten an. Er wurde einigermaßen präzise von denen vorhergesehen, die den Krieg als Teil der Logik kapitalistischer Konkurrenz analysierten – beispielsweise von Friedrich Engels, der bereits am 15. Dezember 1887 diesen kommenden großen Krieg wie folgt geradezu prophetisch beschrieb: „Acht bis zehn Millionen Soldaten werden sich untereinander abwürgen und dabei ganz Europa so kahlfressen, wie noch nie ein Heuschreckenschwarm. Die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges zusammengedrängt in drei bis vier Jahre und über den ganzen Kontinent verbreitet; (...) Zusammenbruch der alten Staaten und ihrer traditionellen Staatsweisheit, derart, dass die Kronen zu Dutzenden über das Straßpflaster rollen ...“ (Marx/ Engels, Werke, Bd. 21, 350 f.).

So war es. So kam es. Eine wesentliche Ursache des Ersten Weltkriegs war der Kampf der großen imperialistischen Mächte Großbritannien, Frankreich und Deutschland um die Vorherrschaft auf dem neu gebildeten Weltmarkt. Der entscheidende Grund dafür, dass vor allem das Deutsche Reich im Sommer 1914 ausgesprochen kriegstreiberisch agierte, hatte damit zu tun, dass Deutschland bei der Aufteilung der Kolonien in Afrika und Asien „zu spät“ gekommen war und dies nun militärisch wettmachen wollte.

2. Behauptung

Der Grund für den Beginn des Ersten Weltkriegs war das Attentat auf den österreichischen Kronprin-

zen in Sarajewo am 28. Juni 1914. Ein vergleichbares singuläres Ereignis, das einen Krieg auslöst, ist heute unvorstellbar. Dafür gibt es heute eine besser entwickelte Diplomatie und Krisenlösungsstrategien.

Antwort: Ein Attentat auf eine einzelne Person mag heute nicht so elektrisierend wirken wie 1914, weil es keine relevanten absolutistischen Herrscherdynastien mehr gibt. Es sei aber daran erinnert, dass der Kosovo-Krieg damit begründet wurde, es gelte die Serben für das „Massaker von Racak“ zu bestrafen (dabei sind die Urheber dieses Verbrechens bis heute unbekannt; siehe S. 8). Zum Afghanistan-Krieg kam es, weil die US-Regierung sich für die Attentate vom 11. September 2001 rächen wollte. Die Parallelen springen förmlich ins Auge.

3. Behauptung

Der Erste Weltkrieg liegt ein ganzes Jahrhundert zurück. Damals sah die Welt völlig anders aus. Der Krieg, der die heutige Zeit weit mehr prägt, war der Zweite Weltkrieg, der auch zeitlich näher liegt. **Antwort:** Tatsächlich gab es im Zweiten Weltkrieg insoweit eine Sondersituation, als damals in der Sowjetunion eine nichtkapitalistische Gesellschaft existierte, gegen die zunächst die Achsenmächte Deutschland, Italien und Japan Krieg führten.

Im darauffolgenden Kalten Krieg richteten sich dann konsequenterweise alle kapitalistischen Länder gegen die Sowjetunion und die von Moskau dominierten Warschauer-Pakt-Staaten. Diese Situation hat sich nach der Wende von 1989-1991 grundlegend verändert.

Inzwischen haben wir es auf der gesamten Welt erneut fast ausschließlich mit kapitalistischen Ländern und Blöcken zu tun. Und dies ist just die entscheidende Parallele zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg – mit diesem Wettlauf der imperialistischen und kapitalistischen Mächte um die Welthegeemonie. Allerdings gibt es eine interessante Parallele zu beiden Weltkriegen: Heute wird erneut, wie im Ersten und wie im

Zweiten Weltkrieg versucht, das Feindbild Russland zu projizieren. Wobei die hierbei verwendeten Metaphern auch im Ersten Weltkrieg eine wesentliche Rolle spielten: Deutschland (der Westen) wird als „zivilisiert“ präsentiert; der russische Staat unter „Zar Putin“ wird jedoch als „despotisch“ verteuft. Wobei man, um den Teufel zu bekämpfen, dann auch mal (in Kiew) mit Faschisten zusammenarbeiten darf.

4. Behauptung

Eine Ausgangssituation wie es sie vor dem Ersten Weltkrieg mit dem Kampf um die Kolonialreiche gab, gibt es heute nicht.

Antwort: Der Begriff „Kolonien“ ist heute Teil einer *historischen* Terminologie. Doch einige Regime, die die EU auf dem Balkan seit Mitte der 1990er Jahre errichtete, haben durchaus kolonialen Status – übrigens ausgerechnet gerade dasjenige mit der Hauptstadt Sarajewo, das Staatengebilde Bosnien-Herzegowina, ein EU-Protektorat. Sodann werden die heutigen Regierungen in Athen, teilweise auch diejenigen in Lissabon und Nikosia, von EU und Troika wie *Halbkolonien* behandelt.

Vor allem aber gibt es die folgende Parallele: Die EU kann heute im Kampf auf den Weltmärkten nur dann bestehen und nur dann ihre Position ausbauen, wenn sie ihre Peripherie beherrscht.

Das ist eine unübersehbare Parallele zur Zeit vor dem Ersten Weltkrieg: Damals kämpfte Deutschland, verbündet mit Österreich-Ungarn, darum, auf Augenhöhe mit England und Frankreich um die Weltvorherrschaft zu gelangen. Heute kämpft die Europäische Union, die maßgeblich von Deutschland beherrscht wird, darum, ganz Osteuropa im Allgemeinen und die Ukraine im Besonderen zu beherrschen, um mit den USA und China konkurrieren zu können. Wobei die US-Regierung längst selbst vor Ort mitmischt. Siehe das „Fuck EU!“.

5. Behauptung

Wir haben heute in Deutschland eine stabile Wirtschaft und eine

funktionierende Demokratie. Jeder Vergleich mit 1914 ist an den Haaren herbeigezogen. **Antwort:** Lesen wir dazu nochmals unaufgeregert die Erklärung, die W.I. Lenin für den Ersten Weltkrieg im September 1914 schrieb: „Der europäische Krieg, den die Regierungen und bürgerlichen Parteien aller Länder jahrzehntelang vorbereitet haben, ist ausgebro-

chen. Das Anwachsen der Rüstungen, die äußerste Zuspitzung des Kampfes um die Märkte [...], die dynastischen Interessen der rückständigsten, der osteuropäischen Monarchien mussten unvermeidlich zu diesem Krieg führen [...] Territoriale Eroberungen und Unterjochung fremder Nationen, Ruinierung der konkurrierenden Nation, Plünderung ihrer Reichtümer, Ablenkung der Aufmerksamkeit der werktätigen Massen von den inneren politischen Krisen in Russland, Deutschland, England und anderen Ländern, Entzweiung und nationalistiche Verdummung der Arbeiter [...] – das ist der einzige wirkliche Inhalt und Sinn, die wahre Bedeutung des gegenwärtigen Krieges.“ (Lenin, Werke, Bd. 21, 13)

Und wie sieht es heute aus? Es existiert eine mit Globalisierung massiv verstärkte Weltmarkt Konkurrenz. Wir erleben einen enormen Anstieg der Rüstungsausgaben (vor allem in den USA und China). Es gibt den Ruin ganzer Volkswirtschaften (Griechenland, Portugal, Spanien, Irland). Es gibt die verschärfte innere Krise, vor allem in der EU (Eurokrise) mit einer selbst im Aufschwung ansteigenden Massenarbeitslosigkeit. Und wir sind Zeugin und Zeuge von immer neuen Versuchen der Verdummung und der Entzweiung derjenigen, die am meisten unter der Krise leiden müssen.

6. Behauptung

1914 gab es eine Kriegsbegeisterung. Eine solche gibt es heute nicht.

Antwort: Das trifft zu. Trotz aller Kriegspropaganda sind mehr als zwei Drittel der deutschen Bevölkerung gegen Auslandseinsätze der Bundeswehr, also gegen Kriege mit deutscher Beteiligung.

Daran sollten wir ansetzen. Und zugleich über die wahren Ursachen von Krise und Krieg aufklären.

Die beiden Zitate wurden mit freundlicher Genehmigung des PapyRossa-Verlags übernommen aus: Gerd Fesser, Deutschland und der Erste Weltkrieg (siehe die PapyRossa-Anzeige auf Seite 6)

Die Bundeswehr ist gefechtsbereit

Erneut werden die Waffen gegen den „Feind Russland“ gerichtet. Damit richten sich erneut russische Waffen auf uns



Montage: J.Römer

Ulrich Sander

Was der 91-jährige deutsche Außenpolitiker Egon Bahr Ende 2013 einigen Heidelberger Schülern erklärte, dürfte bald in die Sammlung sowohl geflügelter als auch zutreffender Worte vordringen: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten.“

Bundeswehr-Generalinspektoren führten in den 90er Jahren aus und schrieben es in die Verteidigungspolitischen Richtlinien: Militär ist dazu da, um deutsche Interessen zu verteidigen. Sie stellten dabei fest: Es gibt nur noch zwei Währungen in der Welt – erstens wirtschaftliche Interessen und zweitens militärische Macht, um die ersteren durchzusetzen. Den Ex-Verteidigungsminister Rupert Scholz (CDU) hörte ich im September 1991 auf einer Tagung vor hohen Offizieren und Rüstungsmanagern sagen: „Wir glauben, dass wir die wichtigsten Folgen des Zweiten Weltkrieges überwunden und bewältigt hätten. Aber in anderen Bereichen sind wir heute damit befasst, noch die Folgen des Ersten Weltkrieges zu bewältigen. Jugoslawien ist als eine Folge des Ersten Weltkrieges eine sehr künstliche, mit dem Selbstbestimmungsrecht nie vereinbar gewesene Konstruktion.“

So kam es zum Krieg um Jugoslawien und gegen Serbien. Eine Folge des Ersten Weltkrieges war auch die Sowjetunion; sie gibt es nicht mehr. Was von ihr übrig blieb, soll nun ebenfalls „überwunden“ werden. Mittels politischer, aber auch militärischer „Interessenvertretung“.

Schon im Januar 2003 sagte der damalige Generalinspekteur der Bundeswehr, General Wolfgang Schneiderhan, es gelte „über bisher Undenkbares“ nachzudenken: Über die Frage, „ob es richtig sein kann, nicht abzuwarten, ob man von einem anderen angegriffen wird, sondern sich gegen diese mögliche Gefahr vorsehend zu schützen und selbst die Initiative zu ergreifen.“

Und nun erklärt die NATO Russland wieder zum Feind. Es werden Aufklärungsflugzeuge und Bomber an die NATO-Ostgrenze verlegt, US-Marine kreuzt vorm Baltikum und im Schwarzen Meer. Eine Woche vor dieser NATO-Feinderklärung ließ die neue Kriegsmministerin Ursula von der Leyen (CDU) ähnliches verlauten: Es sei „für die Bündnispartner an den Außengrenzen wichtig, dass die NATO Präsenz zeigt“. Da schien dies wenige Tage lang voreilig zu sein. Am 2. April konnte dann die *Süddeutsche Zeitung*, die derzeit an der Spitze der Kriegstreiberei schreitet, beglückt die „Renaissance einer Feindschaft“ verkünden. Die SZ meldete, AWACS-Flugzeuge und sechs Eurofighter der deutschen Luftwaffe seien nach Polen und in die baltischen Staaten unterwegs, um den dortigen Luftraum „intensiver zu überwachen“.

Noch intensiver als bisher. Denn bereits am 5. März, vor der „Krim-Aggression“, die angeblich

eine harte Reaktion verlangt, war die deutsche Luftwaffe in voller Gefechtsbereitschaft. „Der Luftwaffenstandort Kalkar wächst“, war ein im Halbverborgenen erscheinender Provinzbericht der *Rheinischen Post* überschrieben. Weiter dort: „Der Luftverteidigungsgefechtsstand der Nato auf dem Uedemer Paulsberg wird umstrukturiert. 1600 Soldaten sollen bald in Kalkar oder Uedem dienen.“

Beim „traditionellen Aschermittwoch-Fischessen in der von-Seydlitz-Kaserne“ in Kalkar kam es ans Licht: Generalmajor Günter Giesa und anschließend Brigadegeneral Franz-Josef Nolte berichteten über die Neuausrichtung der Bundeswehr. In Kalkar und Uedem wurde zum 1. Juli 2013 das Zentrum Luftoperationen in Dienst gestellt. „Das Herzstück ist die Operationszentrale Luftwaffe auf dem Paulsberg in Uedem. In diesem 24-Stunden-Gefechtsstand werden alle einsatzbezogenen Führungsaufgaben der Luftwaffe gebündelt.“ Von dort aus „wird der Luftraum über 14 Nationen überwacht. Der Zuständigkeitsbereich reicht vom Baltikum bis nach Großbritannien und von den Alpen bis nach Island“, sagte Brigadegeneral Franz-Josef Nolte.

Rund 350 zusätzliche Soldaten sind in den vergangenen Monaten nach Kalkar und Uedem versetzt worden. Es sollen weitere 50 hinzu kommen, so dass im Jahr 2017 voraussichtlich rund 1600 Soldaten in Kalkar beziehungsweise Uedem dienen werden. Laut Oberstabsfeldwebel Klaus Sattler gehört der Standort Kalkar/Uedem damit zu den wenigen Bundeswehr-Standorten, die im Rahmen der Neuausrichtung *gestärkt* worden sind.

Der Führungsgefechtsstand ist schon jetzt einsatzbereit. Bundeswehr-Flugzeuge wie der Eurofighter 2 werden zwischen dem 12. und 23. Mai über Niedersachsen und Sachsen-Anhalt hinwegbrausen. Zurzeit läuft die Feinplanung, wie Oberstleutnant Alexander Feja vom Zentrum Luftoperation Kalkar am 30. März berichtete. 4500 Soldaten aus mehreren Ländern sind an der Übung beteiligt.

Kalkar/Uedem ist das Bundeswehrpendant zum US-Standort Ramstein, von wo u.a. die Kampfdrohneinsätze in Afrika und Afghanistan geflogen werden (siehe S.3 und S.10). Dasselbe soll Kalkar für den gesamten Raum nördlich der Alpen leisten. Ramstein und Kalkar sind feste Bestandteile des Raketenschirms, der derzeit gegen den Osten aufgebaut wird.

Wir geraten in eine Situation wie in der Nachrüstungsdebatte vor 30 Jahren. Damals sagte die Friedensbewegung: *Raketen sind Magneten*. Wer von hier die Waffen gegen Russland richtet, der trägt dazu bei, dass sich Russlands Waffen gegen uns richten. Der am 5. März beim Fischessen in Kalkar bezeichnete Radius für Luftgeschosse bezieht auch Moskau und St. Petersburg ein.

Ulrich Sander ist Mitherausgeber der Zeitung gegen den Krieg – ZgK und Bundessprecher der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes / Bund der Antifaschisten

AFRICOM: Steuerung der US-Kriege in Stuttgart

Heike Hänsel

Die in Stuttgart-Möhringen stationierte US-Kommandozone AFRICOM spielt eine maßgebliche Rolle bei der Zielauswahl, Planung und Durchführung gezielter Tötungen durch US-Drohnen in Afrika. Seit einem Jahr berichten nun Medien wie das ZDF-Magazin Panorama, Süddeutsche Zeitung, WDR und NDR immer wieder darüber. Das Buch „Geheimer Krieg“ und die gleichlautende Website sind nur zu empfehlen. Die Bundesregierung behauptet, nichts zu wissen, und vertraut dem NATO-Partner USA, ähnlich wie in der NSA-Affäre. Neue Aussagen eines ehemaligen Drohnenpiloten und geheime Militärdokumente belegen nun auch die zentrale Bedeutung der Flugleitzentrale in Ramstein für den geheimen US-Drohnenkrieg.

Wenn von deutschem Staatsgebiet aus gezielte Tötungen im Ausland vorbereitet und durchgeführt werden, muss die Bundesregierung handeln. Neben dem Verstoß gegen das Völkerrecht wird auch das Grundgesetz missachtet, das nicht nur das Recht auf Leben schützt, sondern auch Handlungen verbietet, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören.

Die unverfrorene Ahnungslosigkeit der Bundesregierung trotz zahlreicher Medienberichte, trotz Strafanzeigen von Linken-Abgeordneten und trotz neuer Belege bleibt nicht ohne Reaktion. Der diesjährige landesweite Ostermarsch in Baden-Württemberg beginnt vor dem AFRICOM. Weitere Aktivitäten werden vorbereitet. Ein bundesweiter Aktionstag in Ramstein wäre sicherlich ein gutes Mobilisierungsziel für die Friedensbewegung.

Attraktive Bundeswehr = abgeschaffte Bundeswehr

Monty Schädel

Als die Regierungsparteien in ihrer Koalitionsvereinbarung festhielten, eine „Attraktivitätsoffensive für die Bundeswehr“ durchführen zu wollen und die neue Kriegsmministerin dann Kindergärten in Kasernen forderte, war dies im Grunde nur das berüchtigte Tüpfelchen auf dem i. Denn seit Jahren bereits durchdringt das Militär und das Militärische immer umfassender die gesamte Gesellschaft. Kooperationsvereinbarungen für die Bundeswehrpräsenz in den Schulen. Bundeswehreinsätze im Innern beim Fußball, bei Demos, bei Naturkatastrophen. Bundeswehr-Werbepräsenz bei Messen, Volksfesten und im Sport. Militärmusiker zum Advent in Kirchen und Benefiz für Arbeitslose. Verbindungsoffiziere bei Landräten und Landesregierungen. Und natürlich die Kriegsbeteiligungen unter dem Deckmantel der Bewahrung von „Freiheit“ und „Demokratie“ und die Normalität des massenhaften weltweiten Waffenhandels.

Nach dem Jahreswechsel dann klare Worte und Handlungen. Die „militärische Zurückhaltung“ der vergangenen Jahre müsse in Frage gestellt, außenpolitische Interessen gewahrt und neue Verantwortung übernommen werden, um neue Macht zu bekommen. Im Zuge der Krise um die Krim dann auch ein Schwerpunkt auf den Einsatz des Militärs.

Wenn Politik und Militär gemeinsam immer offensiver dem Militärischen bis hin zum Krieg das Wort reden, erhält die Art des Widerstandes besondere Bedeutung. Wer heute immer noch allein den Dialog und die Kooperation als Weg zum Frieden favorisiert, gibt sich nicht nur der Lächerlichkeit preis, sondern versäumt es auch, den Militärs und dem Militärischen etwas Wirkungsvolles entgegen zu setzen. Der Krieg und die Kriegsvorbereitung mit all ihren Facetten brauchen Widerstand in unterschiedlichsten Formen. Vor allem benötigen sie diesen in *offensiver Weise*. Sagen wir deutlich: Soldaten sind Mörder. Militär wird zum Krieg führen vorgehalten – und dann auch in Kriegen eingesetzt.

Eine attraktive Bundeswehr ist eine abgeschaffte Bundeswehr.

EU-Kooperation mit Faschisten in Kiew

Andrej Hunko

Die enge Kooperation der EU mit der ukrainischen de-facto-Regierung ist eine historische Zäsur. Zum ersten Mal in der Geschichte des Staatenbunds wird mit einer Regierung in Europa kooperiert, an der offen faschistische Kräfte einflussreich beteiligt sind: Mehrere Minister, ein Vize-Ministerpräsident und der Generalstaatsanwalt Oleh Machnizkyi gehören der Swoboda-Partei an. Auch der Chef des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine, Andrij Parubij, war Mitbegründer des Swoboda-Vorläufers Sozial-Nationale Partei. Beim Charakter von Swoboda kann es keinen Zweifel geben: Bei ihrem Deutschland-Besuch im letzten Jahr war ihr Ansprechpartner die sächsische NPD.

Bundesregierung und EU verschweigen oder verharmlosen den Charakter der gegenwärtigen de-facto-Regierung. Mal wird Swoboda lediglich als nationalistisch bezeichnet, mal wird ihr Einfluss klein geredet. Der ehemalige EU-Kommissar Verheugen sagte dazu: „Als in Österreich vor 15 Jahren die FPÖ in die Regierung kam, haben wir Österreich bestraft. Die FPÖ von Haider damals ist im Vergleich zu dem, was wir in der Ukraine mit Swoboda haben, aber wirklich ein Kindergeburtstag“. Heute werden Faschisten in der Ukraine als Rammbock gegen Russland und gegen linke soziale Positionen gebraucht. Bei den Präsidentschaftswahlen 2011 und bei den Parlamentswahlen 2012 gewannen der inzwischen aus dem Land gejagte Viktor Janukowitsch bzw. seine Partei der Regionen. Nach der Nicht-Unterzeichnung des Abkommens mit der EU und den beginnenden Protesten forderten viele, darunter die Europäische Linke, ein Referendum über diese Frage. Das wurde von den gleichen abgelehnt, die heute sagen, sie wollten die Ukraine demokratisieren. Stattdessen wurden Swoboda und der noch aggressiver auftretende *Rechte Sektor* unterstützt. Der bewaffnete Umsturz am 22. Februar 2014 und die Absetzung von Janukowitsch waren zweifellos verfassungswidrig. Deshalb wird die de-facto-Übergangsregierung von vielen im Osten der Ukraine und von Russland nicht anerkannt. Um die Spannungen in der Ukraine abzubauen, braucht es eine Rückkehr zu demokratischen Prinzipien. Und eine Ächtung der Faschisten.

Heike Hänsel ist Bundestagsabgeordnete der LINKEN, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Mitherausgeberin der Zeitung gegen den Krieg – ZgK. · Monty Schädel ist Mitherausgeber der Zeitung gegen den Krieg und Politischer Geschäftsführer der DFG-VK · Andrej Hunko ist MdB der LINKEN und Wahlbeobachter des Europarates in der Ukraine.

Die strategische Position der Ukraine für Nato und Russland

EU-Expansionspolitik auf Kollisionskurs

Jürgen Wagner

Der polnische Außenminister Radek Sikorski verdeutlichte jüngst, welche Ziele die EU verfolgt: „Wenn die EU eine Supermacht werden will – und Polen befürwortet dies –, dann benötigt sie die Kapazitäten, um Einfluss in der Nachbarschaft ausüben zu können. [...] Manchmal müssen wir Gewalt anwenden, um die Diplomatie zu unterstützen.“ Damit wird die Existenzberechtigung der Europäischen Union aus Sicht der größeren Mitgliedstaaten auf den Punkt gebracht. Auf gleicher Augenhöhe – als Globalmacht – können diese Staaten nur dann mit Ländern wie China um Macht und Einfluss ringen, wenn sie die EU und ihr Umfeld in die Waagschale werfen können. Dies erfordert unter anderem, dass der europäische Nachbarschaftsraum unter Kontrolle gebracht wird.

Zu diesem Zweck wurde im Jahr 2003 mit der Kommissionsmitteilung „Größeres Europa“ die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) auf den Weg gebracht, die offiziell ein Jahr später ins Leben gerufen wurde. Sie erstreckt sich derzeit auf 15 Länder südlich und östlich der Europäischen Union und definiert als ein Einfluss- und Interventionsgebiet eine Art imperialen Großraum. In einem zentralen Strategiedokument der EU-Außenbeauftragten Catherine Ashton vom 15. Oktober 2013 heißt es: „Die Union muss in der Lage sein als Sicherheitsgarant – mit Partnern so möglich, autonom wenn nötig – in seiner Nachbarschaft entschieden zu handeln. Dies schließt direkte Interventionen ein.“

Offiziell geht es bei der ENP darum, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Marktwirtschaft zu fördern, allerdings ohne den Ländern eine realistische Beitrittsperspektive zu eröffnen. Faktisch sollen die Nachbarländer jedoch mittels sogenannten Assoziationsabkommen neoliberal „reformiert“ und als Absatz- und Investitionsgebiete in die EU-Einflussphäre integriert werden: „Die Assoziationsabkommen, welche die EU im postsowjetischen Raum vorantreibt, sind ein Schlüsselement bei der Ausweitung der EU-Einflussphäre nach Osten“, urteilt etwa Joachim Becker, Professor an der Wirtschaftsuniversität Wien.

Allein deshalb war es aus europäischer Sicht hochgradig ärgerlich, dass sich die Ukraine diesem Bestreben verweigerte und am 21. November 2013 die Verhandlungen um ein solches Abkommen mit der EU auf Eis legte. Doch die Ukraine ist nicht nur von ökonomischer, sondern als Schlüsselstaat im härter werdenden Machtkonflikt zwischen der Europäischen Union und Russland auch von immenser geopolitischer Bedeutung. Und hier dürfte auch der Hauptgrund dafür liegen, dass weder die EU, noch die USA gewillt waren, kampfflos das Feld zu räumen und stattdessen auf Eskalation setzten.

Neoliberales Assoziationsabkommen

Die Assoziationsverhandlungen mit der Ukraine wurden im Jahr 2005 aufgenommen und mündeten in ein unterschrittsreif vorliegendes Doku-



Foto: Barbara Straube

ment, das aus einem knapp 500seitigen Hauptteil besteht, von denen die Passagen zu handelsbezogenen Aspekten über 350 Seiten ausmachen. Doch der Löwenanteil verbirgt sich in den Anhängen und Protokollen, insgesamt deutlich über 2000 Seiten, die ebenfalls – und das fast ausschließlich – der Präzisierung der im Hauptteil folgendermaßen anvisierten Freihandelszone gewidmet sind: „Die Vertragsparteien sollen während einer Übergangszeit von maximal 10 Jahren nach in Kraft treten dieser Vereinbarung eine Freihandelszone errichtet haben.“ (Artikel 25) Verwiesen wird dann auf die Anhänge I und II, die allerdings nur einige wenige Ausnahmen festlegen, sodass die jeweiligen Schutzzölle nach Auskunft der Europäischen Union für den Fall der Unterzeichnung des Abkommens um 99,1 Prozent (Ukraine) bzw. 98,1 Prozent (EU) abgesenkt würden.

Darüber hinaus werden auch sogenannte nicht-tarifäre Handelshemmnisse – etwa Mengenbegren-

zungen – faktisch verboten: „Die Vertragsparteien dürfen keine Einfuhrzölle, Steuern oder andere Maßnahmen mit ähnlichen Auswirkungen erheben oder aufrechterhalten, die im Zusammenhang mit der Ausfuhr von Gütern auf das Gebiet der anderen Vertragspartei stehen.“ (Artikel 30) Schließlich soll der „freie und faire Wettbewerb“ (level-playing field) zwischen europäischen und ukrainischen Firmen zusätzlich noch durch die Einführung einheitlicher – europäischer wohlgemerkt – Produktstandards und Zertifizierungsmethoden gefördert werden.

Von EU-Seite wird argumentiert, der verschärfte Wettbewerb würde der Ukraine nach dem Abschluss eines Assoziationsabkommens einen regelrechten Wirtschaftsboom bescheren. So prognostiziert EU-Erweiterungskommissar Stefan Füle für diesen Fall eine Verdopplung der ukrainischen Exporte in die EU und einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um bis zu 12 Prozent. Demgegenüber wird von russischer Seite

richtigerweise argumentiert, die Abschaffung von Schutzzöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen würde die ukrainischen Firmen, die durch die Einführung teurer europäischer Produktstandards und Zertifizierungsprozesse noch zusätzlich belastet würden, der übermächtigen EU-Konkurrenz schutzlos ausliefern. So äußerte sich etwa Sergej Glasjew, Präsident Wladimir Putins Berater für eurasische Integrationsfragen: „Wenn die Ukraine die Vereinbarung über die Assoziation mit der EU unterzeichnet und sich in diese nicht gleichberechtigte Freihandelszone begibt, so wird sie bis 2020 im Wirtschaftswachstum und in der Handelsbilanz ein Minus erhalten. Wir schätzen die Verluste auf etwa minus 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr. Bis 2020 wird eine Verdrängung ukrainischer Waren vom eigenen Markt, begleitet von einem Wirtschaftsrückgang und einer Verringerung der Entwicklungsmöglichkeiten erfolgen.“

Solche Bedenken scheinen auch

innerhalb der Janukowitsch-Regierung eine wichtige Rolle gespielt zu haben. Deshalb wurde versucht, diverse Schutzoptionen für heimische Unternehmen in das Abkommen hineinzuverhandeln, was von der EU jedoch kategorisch abgelehnt worden war. Als Russland darüber hinaus auch noch beträchtliche Vergünstigungen in Aussicht stellte (einen Preisnachlass auf Gaslieferungen von rund 3 Milliarden US-Dollar jährlich und den Kauf von Staatsanleihen in Höhe von 15 Milliarden US-Dollar, war es vollkommen vernünftig, dass die Janukowitsch-Regierung das Abkommen im November 2013 versenkte.

Geopolitisches Filetstück

Für Russland ist die Ukraine der wichtigste Pufferstaat gegen die zunehmend als feindlich wahrgenommene Expansion von NATO und EU. Gerade deshalb wird das Land auch im Westen als geopolitisches Filetstück ersten Ranges betrachtet, wie der Top-Strategie Zbigniew Brzezinski bereits 1997 betonte: „Die Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Russlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Russland kein eurasisches Reich mehr. [...] Wenn Moskau allerdings die Herrschaft über die Ukraine mit ihren 52 Millionen [heute 45 Mio.] Menschen, bedeutenden Bodenschätzen und dem Zugang zum Schwarzen Meer wiedergewinnen sollte, erlangte Russland automatisch die Mittel, ein mächtiges, Europa und Asien umspannendes Reich zu werden.“

Genau vor diesem machtpolitischen Hintergrund sind die im Vergleich zu anderen Assoziationsabkommen vollkommen untypischen Passagen zur Intensivierung der militärischen Zusammenarbeit in der europäisch-ukrainischen Beschlussvorlage aus russischer Sicht äußerst Besorgnis erregend: „Die Parteien sollten [...] die schrittweise Annäherung im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik, einschließlich der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) fördern. Vor allem mit Blick auf eine Steigerung der ukrainischen Teilnahme an EU-geführten zivilen und militärischen Krisenmanagementoperationen sowie an den wichtigen Übungen und Manövern, einschließlich denen im Rahmen der [GSVP].“ (Artikel 7, Absatz 2) Spätstens durch den teils in aller Offenheit geführten Diskurs, die Ukraine sei wünschenswerterweise nur eine Durchgangsstation auf dem Weg zur Einverleibung des gesamten postsowjetischen Raums, dürften schließlich in Moskau sämtliche Alarmglocken geläutet haben. So heißt es etwa in einem Artikel von Andreas Umland in der *Internationalen Politik*, der wohl wichtigsten außenpolitischen Zeitschrift Deutschlands: „Bis vor kurzem schien die EU ignoriert zu haben, dass sich Moskau gegen eine Integration der Ukraine wehren könnte. Eine solche Blauäugigkeit gegenüber den außenpolitischen Interessen des Kremls hat Tradition. [...] Nun stehen sie [die Menschen in der Ukraine]

vor der Entscheidung: Gehört ihr Land zum westlich geprägten Europa oder ist es Teil einer russisch geprägten ‚eurasischen‘ Zivilisation? [...] Mit der Annäherung der Ukraine an die EU würde sich nicht nur die Reichweite europäischer Werte und Institutionen um hunderte Kilometer gen Osten ausdehnen. Russland müsste sich mit der Heranführung der Ukraine an die EU endgültig von seinem neoimperialen Träumen verabschieden. [...] Die Ukraine hat deshalb nicht nur als solche für die EU eine große Bedeutung. Sie könnte für den Westen insgesamt zum Tor für eine schrittweise Demokratisierung des riesigen, vormals sowjetischen Territoriums im nördlichen Eurasien werden. [...] Deutschland sollte es – schon aus historischen Gründen – nicht an Beherztheit, Prinzipienfestigkeit und Weitsicht in seiner künftigen Ukraine-Politik fehlen lassen.“

Zwischen den Fronten

Die soziale Situation der großen Bevölkerungsmehrheit ist miserabel. Bereits vor diesem Hintergrund war es durchaus nachvollziehbar, dass viele Menschen in der Ukraine nach der Aussetzung der Assoziationsverhandlungen aus Unzufriedenheit mit der korrupten Janukowitsch-Regierung auf die Straße gingen. Doch diese Proteste wurden schnell von einem Dreierbündnis gekapert, das sich neben den westlich orientierten (und finanzierten) Parteien Julia Timoschenkos (Batkiwschtschina) und Witali Klitschkos (Udar) auch aus der rechtsradikalen Partei von Oleg Tjagnibok (Swoboda) zusammensetzte. Nicht zuletzt deutsche Politiker unterstützten dabei massiv den anschließenden Eskalationsprozess, der schlussendlich zur Absetzung Janukowitschs und der Einsetzung einer pro-westlichen ‚Regierung‘ führte. Sie hofierten dabei

auch die Faschisten, die später für ihre ‚Verdienste‘ mit wichtigen Posten in der Übergangsregierung belohnt wurden.

Die Menschen in der Ukraine wird diese feindliche Übernahme wohl noch teuer zu stehen bekommen. Arseni Jazenjuk kündigte als Chef der „Übergangsregierung“ bereits „schmerzhafte Einschnitte“ im Tausch gegen neue IWF-Kredite an. Beschlossen ist bereits eine 50-prozentige Erhöhung der Energiepreise. Weitere massive Sozialkürzungen, insbesondere im Rentenbereich, sind derzeit im Gespräch. Für das ukrainische Gasnetz scheint sich der US-Konzern Chevron zu interessieren, Teile der Schwerindustrie sollen von deutschen Unternehmen ins Auge gefasst worden sein.

Unterdessen hat Witali Klitschko seinen Verzicht auf eine Kandidatur bei den vorgezogenen Präsidentschaftswahlen am 25. Mai 2014 be-

kanntgegeben. Julia Timoschenko verlor durch extrem russlandfeindliche Sprüche zusätzlich an Boden. So scheint aktuell der aussichtsreichste Kandidat der milliardenschwere Petro Poroschenko zu sein. Dieser hatte als einziger in der Oligarchengruppe die Proteste von Anfang an unterstützt. Unter ihm dürfte sich die „Westwendung“ der Ukraine fortsetzen. Er deutete sogar an, ein NATO-Beitritt seines Landes scheitere nicht an ihm, sondern am Unwillen des Bündnisses, diesen Schritt zu gehen.

Russland reagierte auf all diese Entwicklungen mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim-Halbinsel und schlug damit einen weiteren Nagel in den Sarg des Nicht-Einmischungsgebots, das den Schutz kleinerer Länder vor Willkürakten von Großmächten gewährleisten soll. Allerdings bediente sich Moskau dabei lediglich eines Drehbuchs,

das vom Westen verfasst worden war (Kosovo, Süd-Sudan). Und es sollte auch nicht vergessen werden, dass die seit vielen Jahren erfolgende geopolitische Offensive des Westens die Aktion war, die nun zur russischen Reaktion führte. Es wäre also am Westen, der Eskalationsspirale Einhalt zu gebieten und die beste Möglichkeit hierfür wäre, sich mit Moskau – das demgegenüber aufgeschlossen scheint – auf eine kategorische Blockfreiheit der Ukraine zu verständigen. Auch wenn eine solche Einigung aufgrund der Interessenskonstellation eher fraglich ist, wäre sie mit Sicherheit vor allem auch die beste Lösung für die Menschen in der Ukraine selbst, die ansonsten sicher noch lange unter dem Gerangel der Großmächte zu leiden haben werden.

Jürgen Wagner ist aktiv bei der Informationsstelle Militarisierung IMI e.V., Tübingen.

Entwicklungshilfe-Ziel: Heranführung an die EU

Deutsche Kooperationsprogramme mit der Ukraine und Georgien werden der Geopolitik und Konzerninteressen untergeordnet

Heike Hänsel

Die Erhöhung der Entwicklungsgelder für Länder des globalen Südens hat für die Bundesregierung im Haushalt keine Priorität. Ganz im Gegenteil: Trotz der Forderungen entwicklungspolitischer Organisationen, das gegenüber der UNO zugesagte Ziel, 0,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes für den Entwicklungshilfe-Etat einzusetzen, endlich zu erfüllen, liegt der bundesdeutsche Anteil beharrlich unter 0,4 Prozent. Im Fall der Ukraine aber sitzt das Portemonnaie locker. Der Grund ist einfach: Im schwelenden Konflikt mit Russland wird die Entwicklungszusammenarbeit ziemlich unverblümt für das geopolitische Powerplay eingesetzt. Das ist nicht nur zynisch, sondern auch verantwortungslos. Entwicklungsgelder, die Armut bekämpfen und Krisen vorbeugen sollen, können so zu Finanzmitteln für kommende Konflikte werden.

In den Worten von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller hört sich das so an: „Es kommt jetzt“ – also nach dem Sturz der gewählten Regierung unter Viktor Janukowitsch – „dringend darauf an, die Reformkräfte in der Ukraine zu stärken“, sagte er der *Welt am Sonntag*. Welche „Reformkräfte“ meint der Minister? Die neue de-facto-Regierung der Ukraine wird von den reichsten Oligarchen der Ukraine unterstützt und besteht unter anderem aus nationalchauvinistischen und antisemitischen Kräften bis hin zur Nazi-Partei Swoboda (siehe S.3). Diese Partei ist mit mehreren Ministern an der Regierung beteiligt und stellt darüber hinaus einige Provinzgouverneure.

Das scheint Minister Müller ebenso wenig zu kümmern wie die Kanzlerin und den Außenminister.

Das Ziel, „Stärkung der Reformkräfte“, will sich der CSU-Politiker einiges kosten lassen. Um 20 Millionen Euro soll die Entwicklungshilfe für die Ukraine kurzfristig aufgestockt und damit auf über 40 Millionen fast verdoppelt werden. Und das trotz stagnierendem Entwicklungsetat für 2014! Dass die neue Spenderfreudigkeit der Bundesregierung im Fall der Ukraine nicht entwick-



lungspolitisch, sondern geopolitisch motiviert ist, bestätigt der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Michael Roth. „Die Stabilisierung der Ukraine hat ihren Preis“, sagte der SPD-Mann der Nachrichtenagentur Bloomberg. Es müssten nun wohl noch „viele Milliarden“ fließen.

Zahlreiche Projekte der staatlichen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), die primär der Umsetzung der Entwicklungspolitik dient, hatten und haben das Ziel, die Ukraine für die EU-Konzerne zu öffnen. Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) verglich künftige Zahlungen an das Regime in Kiew mit dem Hilfspaket für Griechenland. So werden neoliberale Strukturreformen als Entwicklungs-

politik verkauft. In ausgewählten Pilotregionen, Autonome Republik Krim, Czernivtsi und Donezk, also den Industrie- und Bergbauregionen der Ukraine, will die GIZ bereits seit 2009 vor dem Hintergrund der angestrebten EU-Annäherung die „Wettbewerbsfähigkeit und die Integration in neue Märkte verbessern“, da „solche marktorientierten, informationsbasierten Förderansätze“ noch nicht ausreichend vorhanden seien.

Die Kooperation im agrarwirtschaftlichen Bereich seit dem Jahr 2008, dient auch deutschen Unternehmen, die Saatgut und Agrartechnik verkaufen – für Kredite, die Deutschland und die EU zur Verfügung stellen. Doch nicht nur diese

indirekte „Entwicklungshilfe“ für deutsche Maschinenhersteller ist problematisch. Der Agrarminister der neuen politischen Führung in Kiew, Igor Schwajka, gehört der faschistischen Swoboda-Partei an. Sollen deutsche EntwicklungshelferInnen demnächst mit Rechtsradikalen Pläne schmieden?

Die Unterordnung der Entwicklungszusammenarbeit unter geopolitische und wirtschaftspolitische Interessen beschränkt sich im Zuge der Osterweiterung von EU und NATO nicht nur auf die Ukraine. Auch im Fall von Georgien drückt die Große Koalition aufs Tempo. Als Reaktion auf die Krim-Krise will Brüssel auch mit der Regierung in Tbilissi rasch ein bereits geplantes Assoziierungsabkommen abschließen. Auch hier ist Berlin federführend beteiligt. Der Parlamentarische Staatssekretär im Entwicklungshilfeministerium, Hans-Joachim Fuchtel, will sein Ressort nutzen, um die EU-Osterweiterung zu unterstützen. „Natürlich werden wir Georgien bei (...) der Annäherung an Europa“ – gemeint ist die EU – „auch gerne weiterhin im Rahmen unserer langjährigen, erfolgreichen Entwicklungszusammenarbeit unterstützen“, sagte er. Gemeint ist damit laut Fuchtel die „Umsetzung europäischer Werte der Kommunalen Selbstverwaltung“ und

weitere Reformen, z.B. „für mehr ökonomischen Wettbewerb“. Georgien wünsche sich zudem „Unterstützung bei der Annäherung an europäische Standards für die Infrastruktur“. EU-Annäherung als neues Entwicklungsziel.

Entwicklungspolitik kann auch Friedenspolitik sein, wenn sie dazu beiträgt, armuts- und verteilungsbedingte Konflikte zu lösen. Die Unterordnung der Entwicklungszusammenarbeit unter die Pläne zur Osterweiterung von EU und NATO droht jedoch im Gegenteil zu münden, wenn sie Teil der Eskalationspolitik von EU und Nato in neuer (alter) Kalter-Kriegs-Manier gegenüber Russland wird. Gleichzeitig sind die neoliberalen Strukturanpassungen von IWF und EU für die Bevölkerung in den osteuropäischen Staaten mit mehr und nicht mit weniger Armut und Arbeitslosigkeit verbunden; die sozialen Spannungen werden damit wachsen. In Kombination mit der billigend in Kauf genommenen Kooperation und der Unterstützung faschistischer Kräfte in der Ukraine schafft das eine gefährliche Gemengelage.

Heike Hänsel ist Bundestagsabgeordnete der LINKEN, entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE und Vorsitzende des Unterausschusses Vereinte Nationen, Internationale Organisationen u. Globalisierung

-Anzeige-

KRIEG BEGINNT HIER.

Mit uns dagegen!

Militär abschaffen. Zivile Alternativen entwickeln. Frieden schaffen geht nur ohne Waffen!

Material zum Bestellen und Verbreiten: www.dfg-vk.de/webshop

Ukrainischer Ressourcen-Poker

Von der „Kornkammer Europas“ zur Tankstelle der EU?

Fred Schmid

Stolz verkündete die US-„Fuck-the-EU“-Staatssekretärin Victoria Nuland, dass man mehr als fünf Milliarden Dollar investiert habe, um die Ukraine beim Aufbau ihrer „demokratischen Fähigkeiten und Institutionen“ zu unterstützen, als „Vorbedingungen damit sich ihre europäischen Hoffnungen erfüllen“. Sie sprach am 13. Dezember 2013 vor Mitgliedern des Ukraine Business Council im Rahmen einer Veranstaltungsreihe, die laut Council von ExxonMobil, Chevron, Monsanto, Coca-Cola, Global-Logic und dem ukrainischen System Capital Management gesponsert wurde.¹ Sie schloss ihre Rede mit der Aufforderung an die Sponsoren, weiter an ihrer Seite zu stehen, „während wir die Ukraine in die Zukunft führen, die sie verdient“. Was durchaus als Drohung verstanden werden kann.

Sicherlich ist es primär der geopolitische Aspekt, das Roll-back gegen Russland, weshalb die Ukraine den US-Amerikanern und EU-Europäern so wichtig ist. Als Schlüsselfeld auf dem „eurasischen Schachbrett“ (Brzezinski). Wobei Wirtschaftsblocke erpresserisch eingesetzt werden – siehe die Projekte Assoziierung mit der EU oder Beitritt zur eurasischen Zollunion Russlands – um politische Ziele zu erreichen. Durchaus ein Vorgeschmack auf die Außenfunktion der geplanten Transatlantischen Freihandelszone (TTIP).

Daneben sind es aber auch handfeste ökonomische Interessen, die hinter dem Griff nach der Ukraine stecken. Das macht zunächst stutzig, handelt es sich doch bei dem, nach Russland, flächenmäßig zweitgrößten Land Europas um das größte Armenhaus des Kontinents. Die Pro-Kopf-Wirtschaftsleistung (BIP) betrug im vergangenen Jahr mit 3862

Dollar gerade mal halb so viel wie die der ärmsten EU-Mitgliedsstaaten, Bulgarien (7411 Dollar) und Rumänien (8630), und etwa ein Sechstel von Griechenland (21617). Als Absatzmarkt ist da für westliche Konzerne wohl nicht allzu viel zu holen. Wobei die westeuropäischen Discounter das Land dennoch in ihre Handelsketten legen werden, getreu der Devise „Kleinvieh macht auch Mist“.

Glieder in der Wertschöpfungskette der Multis

Schon eher bietet sich die Ukraine als Produktionsstandort für Filialen Transnationaler Konzerne an. So macht sich der milliardenschwere Finanz-Zocker George Soros, der in der Ukraine schon seit langem seine Stiftung „Renaissance Foundation“ für „westliche Werte“ wirken lässt, seine realökonomischen Investitions-Gedanken: „Die Ukraine könnte mit ihrer gut ausgebildeten Bevölkerung und mannigfachen Industrien ein interessanter Investitionsstandort werden“.²

Und mit Billigstlöhnen, wäre hinzuzufügen: Nach Angaben des ukrainischen Statistikamtes lag der Durchschnittslohn Mitte 2012 umgerechnet bei rund 300 Euro pro Monat. Soros Idee: „Ein Deal könnte so aussehen: Die Ukraine öffnet seinen Heimatmarkt für europäische Firmen, die dort Ableger für die lokale Fertigung und Produktion einrichten. Im Gegenzug öffnet die EU ihren Absatzmarkt für diese ukrainische Firmen und hilft ihnen so bei der Eingliederung in die Weltwirtschaft“.

Das ist im wesentlichen auch der ökonomische Inhalt des jetzigen EU-Assoziierungsabkommen. Er bedeutet auf gut kapitalistisch: Die aus Westeuropa operierenden Transnationalen Konzerne gründen Tochter-

firmen in der Ukraine, die dort den Markt aufrollen und die heimische Wirtschaft platt machen; wie geschehen in den anderen osteuropäischen Ländern. Als produktive Inseln in einem Meer des Desasters aus Armut und Arbeitslosigkeit exportieren diese Konzerntöchter dann zu Billigstpreisen infolge Niedrigstlöhnen in die EU-Länder. Sie würden zu wichtigen Gliedern in den Wertschöpfungsketten der Multis.³

Die ökonomischen Pläne westlicher Multis und Geopolitiker greifen aber weiter. Das offenbart sich erst auf den zweiten Blick. Vor allem dann, wenn man die oben genannten Haupt-Sponsoren des Ukraine Business Council als Fix- und Leisterne, die zum Kern der Interessen führen, erkennt: Exxon, Chevron, Monsanto. Die Ukraine soll offenbar in Zukunft einen erheblichen Stellenwert im Energie- und Agrobusiness des Metropolen-Kapitals einnehmen. Als Lieferant von Erdgas bzw. Öl und Saatgut bzw. von sogenannten Energiepflanzen.

Angesichts der bisherigen Energiearmut und Energieabhängigkeit des Landes klingt dies unwahrscheinlich. Wird doch mehr als die Hälfte des Erdgases aus Russland geliefert. Aber das Land könnte eine bedeutende Rolle bei dem EU-Bestreben spielen, sich von der Energiezufuhr aus Russland unabhängig zu machen. Dies ist Teil des geostrategischen Spiels. Und das lässt sich gut mit den Profitinteressen der drei Multis verbinden.

Ölmultis kämpfen um ukrainische Öl- und Gasfelder

Nach einem Bericht der *Deutschen Wirtschafts-Nachrichten* (13.3.14) und von *Bloomberg View* (11.3.14) sicherten sich vor den Unruhen in der Ukraine eine Gruppe um Exxon Mobil (USA), Shell (Großbritannien), der rumänischen Tochter des österreichischen Ölkonzerns OMV und des staatlichen ukrainischen Energiekonzerns NAK Nadra Ukrainy die Rechte, Erdöl und Erdgas im Schwarzen Meer zu fördern. Die Gruppe plant, 735 Millionen Dollar zu investieren, um zwei Bohrbrunnen 80 Kilometer südwestlich der Krim-Küste zu bauen. „Exxon und Shell befinden sich jetzt [nach der Integra-

tion der Krim in den russischen Staat; d. Red.] in einer rechtlichen Grauzone“, sagte Chris Weafer, Partner bei Makro Advisory in Moskau. Sie verfolgten einen „Explorations-Deal mit einer Regierung, die bald nicht mehr über die Gerichtsbarkeit über die Region verfügen könnte“.

Ebenfalls im Jahr 2013 hat sich eine Gruppe um ENI, der größte Öl- und Gasproduzent Italiens, an der Ostküste der Krim die Rechte gesichert, in einem Gebiet mit 1400 Quadratkilometern die Fördermöglichkeiten für Öl und Gas zu erkunden. Man wisse noch nicht, wie sich „die neue Situation“ auf die Lizenz auswirke, sagte ENI-CEO Paolo Scaroni. An dem entsprechenden Konsortium ist ENI mit 50 Prozent beteiligt, Electricité de France (EDF) hält 5 Prozent und die staatlichen ukrainischen Unternehmen Vody Ukrainy und Chornomornaftogaz (Schwarzmeer-Gas) 35 bzw. 10 Prozent. In diesem Fall gibt es das zusätzliche Problem, dass die ukrainisch-staatliche Chornomornaftogaz ihren Sitz in Simferopol auf der Krim hat und damit jetzt russisch ist. Das Unternehmen hat Lizenzen für 17 Felder, darunter elf Gasfelder, vier Ölfelder und zwei Gaskondensat-Felder. Die Gesamtreserven aller Gasfelder werden auf 58,6 Milliarden Kubikmeter beziffert.

Chevron: Schiefergas-Prospektionen in der Ukraine.

„Chevron macht die Ukraine unabhängiger von Russland“, titelte das *Handelsblatt* am 5. November 2013. Aber abhängiger von dem Öl-Multi, wäre hinzuzufügen. Chevron will im westukrainischen Olesska-Feld Schiefergas nach der umstrittenen Fracking-Technik fördern. Die ukrainische Regierung unterzeichnete dazu mit Chevron ein 10-Milliarden-Dollar-Abkommen zur Förderung von Schiefergas. Das Abkommen hat eine Laufzeit von 50 Jahren. Im Januar 2013 wurde bereits ein ähnlicher Vertrag zur Schiefergas-Förderung im Yuzivska-Feld in der Ost-Ukraine mit Shell unterzeichnet. Shell und Chevron wiederum planen zunächst Investitionen von 150 Millionen bzw. 260 Millionen Euro für Erkundungsbohrungen. Auch Shell rechnet mit Investitionen zwischen 10 und 50 Milliarden Dollar. Bei diesen Dimensionen und Laufzeiten der Investitionsabkommen – jeweils ein halbes Jahrhundert! – sind natürlich stabile politische Verhältnisse im westlichen Sinn erwünscht.

Die Ukraine verfügt über 1,2 Billionen Kubikmeter Schiefergas, schätzen die Experten der U.S. Energy Information Administration (EIA). Das wären die drittgrößten Schiefer-

gas-Reserven Europas, nach Norwegen und Frankreich.⁴ Eine Gesetzgebung, die Schiefergasförderung reguliert, fehlt komplett in der Ukraine. Mit den Abkommen mit Chevron und Shell werde die Ukraine bis 2020 ihren Gasbedarf selbst decken können, sagte Anfang November 2013 Ministerpräsident Janukowitsch. „Unter einem optimistischen Szenario wird es uns sogar befähigen, Energie zu exportieren.“ Die energiearme Ukraine als Energielieferant nach Westeuropa? Nicht so abwegig, wenn man noch die dritte Option ins Auge fasst.

Monsanto: Agrar-Monopoly

Im Mai 2013 teilte Monsanto, der weltgrößte Saatgut-Hersteller, mit, er plane den Bau einer Saatgut-Anlage für konventionellen Mais in der Ukraine. 140 Millionen Dollar sollen dafür investiert werden. Die Produktion erfolge für den lokalen Markt und für den Export.⁵ Auf die Erzeugungsmöglichkeit von gentechnisch veränderten Mais dürfte Monsanto nicht lange warten müssen. Offiziell sind gentechnisch veränderte Organismen in der Ukraine zwar nicht erlaubt, doch inoffiziell werden sie bereits flächendeckend eingesetzt. Die Schwellen für ökologische und biotechnische Standards liegen in dem armen Land so niedrig wie in einem Entwicklungsland. Umso mehr, wenn die Interessen mächtiger Agrokonzerne ins Spiel kommen. Die Ukraine wird für das internationale Agrobusiness immer attraktiver.⁶

Doch Monsanto geht es offenbar nicht nur um konventionelle und genmanipulierte Saatgutherstellung. Der Agro-Konzern ist auch im Bereich Biokraftstoffe im Geschäft. In einer Mitteilung an seine Aktionäre vom 5. November 2013 heißt es u.a.: „Die Kapazitätssteigerungen bei der Saatgutverarbeitung durch Monsanto in Rumänien, Ungarn und der Türkei sind Bestandteil von Investitionen in Europa in Höhe von 500 Millionen Euro, die auf zehn Jahre verteilt sind.“

In diesem Rahmen sind weitere Investitionen in Frankreich, der Ukraine und Russland vorgesehen, wodurch die Saatgutproduktion des Unternehmens mehr als verdoppelt wird und strategische Partnerschaften mit Zulieferern in ganz Europa gestärkt werden [...] Die Investitionen an mehreren Standorten umfassen Pflanz- und Bewässerungssysteme sowie Ausrüstungen zur Energieerzeugung durch die Verbrennung von Maiskolben, die als Nebenprodukt der Saatguterzeugung anfallen.“⁷

Warum in Zukunft nicht auch der direkte Anbau von Energiepflanzen

-Anzeige-



Gerd Fesser
Deutschland und der Erste Weltkrieg
Basiswissen Politik/Geschichte/Ökonomie
123 Seiten | EUR 9,90

Gerd Fesser analysiert die Rivalität der imperialistischen Großmächte, die in den Großen Krieg mündete. Den Schwerpunkt legt er auf das Deutsche Reich und seine Kriegsziele. Er behandelt den Kriegsverlauf und die innenpolitischen Entwicklungen sowie die Revolutionen in Russland und Deutschland.



Michael Schulze von Glaßer
Das virtuelle Schlachtfeld
Videospiele, Militär und Rüstungsindustrie
202 Seiten | EUR 14,90

Elektronische Kriegsspiele präsentieren einem Millionenpublikum westliche Feindbilder und propagieren soldatisches Heldentum. Zugleich werben Armeen, so auch die Bundeswehr, um Nachwuchs. Das Buch beleuchtet die Spieleinhalte sowie Verbindungen zwischen Militär, Rüstungsindustrie und Videospielebranche.

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Anmerkungen:

1 Ausführlich: Fred Schmid, *Ukrainische Opposition – sponsored by Exxon, Chevron, Monsanto...* www.iswmuenchen.de.

2 George Soros, *Ein Marshall-Plan für die Ukraine*, *Süddeutsche Zeitung* vom 27. Februar 2014.

3 Siehe auch W. Listl, *Wie George Soros die Ukraine unterstützt*, www.kommunisten.de.

4 Siehe: www.euractiv.de/ukraine-und-eu/artikel/fracking-shell.

5 Siehe: www.netzfrauen.org/2013/12/12/2agrarmonopolyukrainemonsanto.de

6 Vgl. Doro Schreier, *Agrar-Monopoly in Ukraine – Monsanto realisiert Großprojekt*, www.netzfrauen.org

7 Zitiert nach netzfrauen, a.a.O.

8 Nach: www.agrarukraine.com



Zukunftsvision à la Multis: Rapsfelder soweit das Auge reicht. „Monsanto sieht gute Wachstumsmöglichkeiten für den Rapssaatgutmarkt in Deutschland, Zentral- und Osteuropa.“

zen?! „Gerade die Ukraine, bekannt als Kornkammer Europas, bietet Investoren ein interessantes Betätigungsfeld“, heißt es in einer Anpreisung von Agroconcorde International Ltd, gegründet von einem ukrainischen Unternehmer (40-Prozent-Anteil), einem österreichischen Immobilienfachmann und einem österreichischen Agrarunternehmer (je 30 Prozent). „Die derzeit herrschenden Pachtstrukturen werden – mit großer Wahrscheinlichkeit – in

Kürze durch die Möglichkeit der Eigentumserwerbung ersetzt.“
Die großflächige Ukraine besitzt die besten und ertragreichsten Böden der Welt, fast ein Drittel der Schwarzerde-Böden auf dem Globus. „Die stetig wachsende Weltbevölkerung und der Einsatz von Landwirtschaftsprodukten für die Zwecke der Energiegewinnung lassen ein erhebliches Defizit an landwirtschaftlichen Produkten entstehen...“ Das führe zu erheblichen Preissteigerun-

gen bei landwirtschaftlichen Produkten. „Wer dann Zugang zu Ressourcen hat, ist auf der Gewinnerseite“, prophezeit Agroconcord. Monsanto will sich diesen Zugang offenbar dauerhaft sichern. Vorsorglich schluckte der Agro-Gigant im Jahr 2013 schon mal die Geschäftsbereiche Raps- und Roggensaatzgut sowie den Vertrieb von Mais- und Sonnenblumensaatzgut der deutschen Dieckmann-Gruppe.
„Monsanto sieht gute Wachstums-

möglichkeiten für den Rapssaatgutmarkt in Deutschland, Zentral- und Osteuropa“, kommentiert Björn Neumann, Geschäftsführer Saatgut von Monsanto Deutschland den Deal. Gelbe Rapsfelder soweit das Auge reicht, das könnte dann die Zukunft der Agrar-Ukraine sein. Die Pestizide, die zur Spritzung bei einem großflächigen Anbau dieser Pflanze erforderlich sind, liefert der Gift- und Gen-Konzern gleich mit. Die „Kornkammer Europas“ könnte dann

zur Agrokraftstoff-Tankstelle der EU werden. Agrodiesel und Superbenzin E 10 aus der Ukraine. Dazu Schiefergas, mit Chemikalien und Unmengen von Trinkwasser aus dem Gestein herausgespritzt.
Alles, um letztlich Russland den Öl- und Gashahn zuzudrehen.

Fred Schmid ist Ökonom und aktiv im Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung in München (isw).

NATO-Eigentor

Russische Hilfe beim Afghanistan-Rückzug entfällt

Uli Cremer

Am 1. April 2014 tagte das Hohe Westliche Gericht in Form der NATO-Außenminister und befand, Russland habe mit der Annexion der Krim Völkerrecht verletzt, gegen das Grundlagendokumente des Euro-Atlantischen Partnerschaftsrates der NATO (in dem Russland Mitglied ist) und gegen die Grundakte NATO-Russland verstoßen. Der Vorwurf des Völkerrechtsbruchs ist ja korrekt.

Eigenartig beziehungsweise gewöhnungsbedürftig ist es jedoch, Derartiges aus dem Mund von NATO-Chef Rasmussen zu hören. Niemand anderes als die NATO selbst hatte vor 15 Jahren mit dem Kosovokrieg 1999 eben dieses Völkerrecht gebrochen. 2003 unterstützten dann auch einige europäische Regierungen, u.a. die dänische unter Ministerpräsident Rasmussen, den völkerrechtswidrigen Irakkrieg der USA und beteiligten sich an der „Koalition der Willigen“. Insofern wird seitens der NATO auf einen gewissen Gedächtnisverlust der Öffentlichkeit spekuliert.

In EU-Kreisen und in Washington heißt es: Das Vertrauen zu Russland als Basis für Kooperation welcher Art auch immer sei nun nicht mehr gegeben. Nun hatte die NATO in den

letzten 20 Jahren wenig zur Vertrauensbildung in Richtung Moskau beigetragen. Die eigene Einflusszone wurde nach Osten vorgeschoben, russische Vorschläge jeder Art ignoriert.

Wie die „Vertrauensbildung“ in Russland wahrgenommen wurde, kann man in den einschlägigen Reden Putins vor dem Bundestag 2001, in München 2007 oder auch in seiner Krimrede 2014 nachlesen. Eine Beziehung auf Augenhöhe war natürlich auch der NATO-Russland-Rat nie, dort wurden den russischen Vertretern nur die vorher gefassten Beschlüsse der NATO verkündet. Dieser „Dialog“ wurde von den NATO-Außenministern nicht beendet, sondern quasi zur Bewährung ausgesetzt; da heißt es „... kann fortgesetzt werden, wenn nötig“. Möglicherweise ist dieses Gremium aber der russischen Regierung inzwischen herzlich egal.

Als Strafe wurde von den NATO-Außenministern festgesetzt, die zivile und militärische Kooperation der NATO mit Russland zu suspendieren. Nun fragen sich viele: welche Kooperation denn eigentlich? Jenseits der erwähnten Grundsatzdokumente erstreckte sich die Zusammenarbeit auf gemeinsame Militärmanöver, gemeinsame Militäroperationen (z.B. bei der Piratenjagd vor Somalia) und

nicht zuletzt auf die logistische Unterstützung, die Russland für den NATO-Afghanistankrieg leistete.

Konkret geht es um die so genannte Nordroute, über die in Afghanistan ein erheblicher Teil des Nachschubs (zeitweise ein Drittel der Gesamtmenge) fließt und die über russisches Gebiet verläuft. 2011/2012 hatte die NATO monatelang nur diese Landroute zur Verfügung oder musste auf den besonders teuren Lufttransport ausweichen. Denn Pakistan hatte nach der Bombardierung eines pakistanischen Grenzpostens durch die NATO die kostengünstigere Haupttroute monatelang gesperrt. Außerdem kam es in Pakistan seit Beginn des Krieges immer wieder zu Anschlügen auf LKWs mit NATO-Gütern.

Vor diesem Hintergrund, so ein Bericht in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, „baute die Nato die alternativen Verbindungswege über die nördlichen Anrainerstaaten Turkmenistan, Usbekistan und Tadschikistan aus. Dazu werden zum Teil Wege genutzt, die Moskau während der sowjetischen Invasion angelegt hatte.“ (16.5.2012) Auch eine Eisenbahnstrecke von Usbekistan zur NATO-Hauptstadt in Nordafghanistan, Masar-e-Sharif, ist seit 2011 in Betrieb.

Zwischenzeitlich wurde sogar der

Plan verfolgt, der NATO zusätzlich als Umschlagplatz einen Flughafen im russischen Uljanowsk (der Geburtsstadt Lenins) zu überlassen. Gegen die Proteste der Kommunistischen Partei verteidigte Putin seinerzeit das Vorhaben: „Wer nicht wolle, dass russische Soldaten an der Grenze zwischen Tadschikistan und Afghanistan kämpfen müssten, dem bleibe nichts übrig, als der NATO zu helfen.“ (FAZ 11.4.2012) Allerdings entschied sich die NATO nach ersten Probetransporten gegen das Projekt.

Doch mit alldem soll nun Schluss sein. Insofern wird die NATO-Front am Hindukusch, an der mit Stand vom 1. April 2014 immer noch 51178 Soldatinnen und Soldaten aktiv sind, durch den aktuellen NATO-Beschluss in Mitleidenschaft gezogen. Die beabsichtigte Truppenreduktion auf 8000 bis 12000 Mann und Frau bis Ende 2014 kann nun wohl nicht im beabsichtigten Umfang erfolgen, da dies logistisch nicht umsetzbar ist. Oder es müsste allerlei schweres Gerät zurückgelassen werden. Zumindest die Zeitpläne geraten durcheinander.

Der russische Vize-Premierminister Rogosin (früher russischer Vertreter bei der NATO, heute auf der US-Sanktionsliste) sagte vor fünf Jahren einmal: „Entweder trage die Allianz den Sieg davon, was gegen-

wärtig kaum wahrscheinlich sei, oder die Nato werde noch auf absehbare Zeit in Afghanistan bleiben und die Kämpfer der Taliban, von Al Qaida und anderen Terrorgruppen auf sich ziehen... Am wahrscheinlichsten sei jedoch, dass sich die Nato bald aus Afghanistan zurückziehe – und dann werde es für Russland gefährlich. Ein Rückzug der Nato würde von allen Extremisten, die sich in und um Afghanistan tummeln, als Einladung aufgefasst, den Kampf über die Grenzen Afghanistans hinaus nach Norden zu tragen ... um sich schließlich gegen Russland zu wenden ... Das sei der Grund, weshalb Russland ein ‚objektives Interesse‘ am Erfolg des Westens in Afghanistan habe...“ (FAZ 28.1.2009)

So hätte für Russland die Annexion der Krim einen Zweitnutzen: Die NATO könnte mit größerer Truppenstärke als geplant auch nach 2014 in Afghanistan bleiben, was den russischen Interessen dient. In dieser Hinsicht könnte sich die aktuelle NATO-Entscheidung, die zivile und militärische Zusammenarbeit mit Russland zu suspendieren, als klassisches Eigentor erweisen.

Uli Cremer, Grüne Friedensinitiative und DFG-VK-Mitglied.

Vor 15 Jahren begann der Nato-Krieg gegen Jugoslawien („Kosovo-Krieg“)

„Es begann mit einer Lüge“



Clemens Ronnefeldt

Vor 15 Jahren, am 24. März 1999, sagte der damalige Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner TV-Ansprache an die deutsche Bevölkerung: „Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, heute abend hat die NATO mit Luftschlägen gegen militärische Ziele in Jugoslawien begonnen. Damit will das Bündnis weitere schwere und systematische Verletzungen der Menschenrechte unterbinden und eine humanitäre Katastrophe im Kosovo verhindern. Der jugoslawische Präsident Milosevic führt dort einen erbarmungslosen Krieg. Die jugoslawischen Sicherheitskräfte haben ihren Terror gegen die albanische Bevölkerungsmehrheit im Kosovo allen Warnungen zum Trotz ver-

schärft. Die internationale Staatengemeinschaft kann der dadurch verursachten menschlichen Tragödie in diesem Teil Europas nicht tatenlos zusehen. Wir führen keinen Krieg, aber wir sind aufgerufen, eine friedliche Lösung im Kosovo auch mit militärischen Mitteln durchzusetzen (...)“¹.

Der Kosovo-Krieg ist vor dem Hintergrund der Kriege in Kroatien und Bosnien-Herzegowina von 1991 bis 1995 zu sehen, denen allein in Bosnien-Herzegowina mehr als 100000 Menschen zum Opfer fielen – und die zur Aufnahme von mehr als 350000 Flüchtlingen in Deutschland führten.

Im Kosovo gab es viele Jahre lang gewaltfreie Basisinitiativen. Diese wurden im Westen kaum unterstützt². Auch Ibrahim Rugova, 1992

und 1998 zum Präsidenten im Kosovo gewählt und Verfechter einer gewaltfreien Politik, fand im Ausland mit seinem Ansatz nur wenig Beachtung.

Der Kosovo- bzw. Jugoslawienkrieg wurde mit der Begründung geführt, einen Völkermord zu verhindern. Dabei wurde in fast allen Leitmedien überwiegend die serbische Seite als Täter und die albanische Bevölkerung als Opfer dargestellt. Der WDR-Film „Es begann mit einer Lüge“ von Jo Angerer und Matthias Werth zeigte, dass die deutsche Öffentlichkeit massiv belogen wurde, um die dritte Bombardierung Belgrads in einem Jahrhundert zu rechtfertigen.³ So hatte der deutsche Verteidigungsminister Rudolf Scharping behauptet, es existiere ein sogenannter „Hufeisenplan“, mit dem die Serben die Albaner aus dem Kosovo vertreiben wollten. Der Plan war zu Propagandazwecken erfunden worden. Auch hatte es ein behauptetes Massaker im Stadion von Pristina nie gegeben.

Bei den Verhandlungen in Rambouillet wenige Wochen vor den NATO-Bombardierungen im März 1999 legten die Nato-Vertreter ultimativ einen Vertrag vor, den, wie Rudolf Augstein schrieb, kein Serbe mit Schulbildung hätte unterzeichnen können. Danach sollten Nato-Truppen u.a. im gesamten verbliebenen serbischen Teil Jugoslawiens Bewegungsfreiheit und Immunität

genießen.⁴

Die Lunte, mit der der Krieg gezündet wurde, war das sog. Massaker von Racak vom 15. Januar 1999 mit 45 Toten. Wie die Menschen zu Tode gekommen sind und wer die Verantwortung dafür trägt, ist bis heute nicht restlos aufgeklärt. So spielte der Leiter der Kosovo-Verifikationsmission (KVM) der OSZE, der

US-Amerikaner William Walker, eine dubiose, wenn nicht provokative Rolle.⁵

Obgleich damit von Anfang an unklar war, wer für das Massaker verantwortlich zeichnete, war für Außenminister Joschka Fischer Racak der Wendepunkt – hin zum Nato-Krieg.

Grundlegend falsch: Entweder Völkermord oder Krieg

Der Friedensforscher Johan Galtung sagte bereits 1999: Die Grünen „sahen nur zwei Möglichkeiten: entweder ethnische Säuberungen oder Bombardements. Und das war falsch“. Insbesondere Joschka Fischer trieb mit seiner Parole „Nie wieder Krieg und nie wieder Auschwitz“ seine Partei und viele Menschen in Deutschland in eine Sackgasse, die den Realitäten nicht entsprach. Er handelte dabei mit großer Wahrscheinlichkeit wider besseres Wissen.

Viele gut dokumentierte Fakten belegen: Die Alternative „Völkermord oder Krieg“ stellte sich so nicht. Mehr noch: Es gab auf der einen Seite – und vor Beginn des Krieges – Ansätze für eine Entspannung der Konfrontation zwischen der serbischen Seite und der kosovo-albanischen Bevölkerung. Auf der anderen Seite vertiefte der Kriegsbeginn diese Konfrontation noch weiter. Dies wird im Folgenden an Hand von fünf Aussagen von Zeitzeugen, Beteiligten und Institutionen dokumentiert:

Nato-Generalsekretär Solana:

„Lage beruhigt sich“
In einem Brief (zitiert in *Die Woche* vom 2. Juli 1999) an den Militäreinsatzbefürworter Erhard Eppler schrieb Prof. Dieter S. Lutz, damals Leiter des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) an der Universität in Hamburg: „Ich beginne mit dem Holbrooke-Milosevic-Abkommen vom 13. Oktober 1998. Vierzehn Tage nach Abschluss dieser Vereinbarung ging NATO-Generalsekretär Solana am 27. Oktober 1998 mit folgender Einschätzung an die Öffentlichkeit: 'Erfreulicherweise kann ich nun berichten, dass in den letzten 24 Stunden mehr als 4000 Angehörige der [serbischen] Sonderpolizei aus dem Kosovo abgezogen worden sind. (...) Die Sicherheitskräfte werden auf den Umfang abgebaut, den sie vor dem Ausbruch der jetzigen Krise hatten. (...) Ich fordere die bewaffneten Gruppen der Kosovo-Albaner auf, den von ihnen erklärten Waffenstillstand aufrechtzuerhalten“.

OSZE-General Loquai: „Die Flüchtlinge kehren zurück. Die UCK rückt vor“

Dieter S. Lutz zitierte in dem ge-

nannten Brief auch Heinz Loquai: „Die sichtbare internationale Präsenz [der OSZE-Mission; C.R.] an Brennpunkten des Geschehens trug zur Entspannung der Lage bei, ließ die Flüchtlinge wieder in ihre Dörfer zurückkehren. Mitte November wurden nur noch wenige hundert in einem Lager künstlich zurückgehalten, um den Medien ein solches Camp vorführen zu können. Doch es gab ein Problem, auf das anscheinend niemand vorbereitet war. Die UCK, die sich an die Vereinbarungen nicht gebunden fühlte, rückte dort ein, wo die Jugoslawen abgerückt waren. Von jugoslawischer Seite wurde wiederholt erklärt, wenn die UCK weiterhin das geräumte Gebiet besetze, werde das zu Reaktionen führen.“

Loquai: Der Krieg schuf erst das wirkliche Drama von Vertreibung und Flucht

Brigadegeneral Heinz Loquai fasste seine Analyse in der NDR-4-Sendung „Streitkräfte und Strategien“ am 22. Mai 1999 folgendermaßen zusammen:

„Vertreibungen und Flüchtlingsströme setzten ein, nachdem die internationalen Organisationen das Kosovo verlassen und die Angriffe begonnen hatten. D.h. der Krieg verhinderte die Katastrophe nicht, sondern machte sie in dem bekannten Ausmaß erst möglich. [...] Der Frieden wurde u.a. verspielt,

- weil die meisten NATO-Staaten einseitig Partei gegen die Serben und für die Kosovo-Albaner nahmen. Hierdurch stärkte und ermunterte man die UCK, und man förderte selbst bei gemäßigten Serben den Eindruck, dass die NATO ohnehin die Sache der Albaner betreibe,
- weil die Europäer den USA zu gefügig waren und den aufgebauten Zeitdruck hinnahmen, ohne sich der allmählichen Militarisierung der Politik zu widersetzen.
- weil die NATO glaubte, durch ihre Luftangriffe Milosevic innerhalb kurzer Zeit zum Nachgeben zu zwingen und die Durchhaltefähigkeit eines diktatorischen Regimes unterschätzte.
- weil die politische und militärische Führung der NATO außer acht gelassen hatte, dass der Einsatz allein von modernen Kampfflugzeugen gegen bewegliche, aus guter Deckung operierende Bodenziele risikoreich, aufwendig und von sehr begrenzter Wirkung ist“.

Parlamentarischen Versammlung der NATO: Es war vor allem die kosovo-albanische UCK, die den Konflikt neu eskalieren ließ, um den Krieg herbeizuführen.
Die Parlamentarische Versammlung

Anmerkungen:

- 1 Pressemitteilung Nr. 111/99 vom 24. März 1999, herausgegeben vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bonn.
- 2 Siehe das Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz in: Clemens Ronnefeldt, *Die neue NATO, Irak und Jugoslawien*, Minden, 1. Auflage 2001, S. 9.
- 3 <http://www.youtube.com/watch?v=NqPnn-GD4-k>
- 4 Im „Annex B“ dieses Abkommens hieß es: „Das Nato-Personal genießt Immunität vor jeder Form der Festnahme, Ermittlung oder Haft von Seiten der Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien. [...] Das Nato-Personal wird [...] in der gesamten Bundesrepublik Jugoslawien freien und ungehinderten Zugang genießen [...] Das schließt das Recht ein [...] Manöver durchzuführen, sich einzuquartieren und alle Gebiete und Einrichtungen zu nutzen, die erforderlich sind, für Unterstützung, Übung und Operation.“
- 5 Heinz Loquai schrieb über William Walker wie folgt: „Eine objektive Betrachtung kann nicht umhin, das Verhalten des Leiters der KVM als unangemessen und außerhalb aller normalen Regeln für eine Person mit diplomatischem Status im Gastland zu bewerten. Er zog mit einer Schar von Journalisten vor Ort, ließ diese frei schalten, walten und fotografieren und, wie ein Teilnehmer sagte, die Toten auch mediengerecht positionieren.“ Heinz Loquai, *Der Kosovo-Konflikt - Wege in einen vermeidbaren Krieg*, Baden-Baden 2000, S. 50.
- 6 Zitiert im Vorwort von Prof. Dieter S. Lutz in: Clemens Ronnefeldt, *Die neue NATO, Irak und Jugoslawien*, Minden, 1. Auflage 2001, S. 7.

der NATO, ein Gremium, das als Bindeglied zwischen dem Bündnis und den Parlamenten fungiert, verabschiedete im Dezember 2000, also ein knappes halbes Jahr nach Kriegsende, einen Generalbericht über „Die Folgen des Kosovo-Konfliktes und seine Auswirkungen auf Konfliktprävention und Krisenmanagement“. Darin heißt es:

„So nutzte die UCK das Holbrooke-Milosevic-Abkommen als Atempause, um ihre Kräfte nach den Rückschlägen des Sommers zu ver-

stärken und neu zu gruppieren. Die serbischen Repressionen ließen unter dem Einfluss der Kosovo-Verifikationsmission der OSZE (KVM) in der Zeit von Oktober bis Dezember 1998 nach. Dagegen fehlte es an effektiven Strategien zur Eindämmung der UCK, die weiterhin in den USA und Westeuropa – insbesondere Deutschland und der Schweiz – Spenden sammeln, Rekruten werben und Waffen über die albanische Grenze schmuggeln konnte. So nahmen die Angriffe der UCK auf serbische

Sicherheitskräfte und Zivilisten ab Dezember 1998 stark zu. Der Konflikt eskalierte neuerlich, um eine humanitäre Krise zu erzeugen, welche die NATO zur Intervention bewegen würde.“⁶

Zwei deutsche Altkanzler kritisch zum Kosovo-Krieg
Im Zusammenhang mit der Krim-Krise beurteilte Altbundeskanzler Gerhard Schröder den Angriff von 1999 als Verstoß gegen das Völkerrecht: „Da haben wir unsere Flug-

zeuge (...) nach Serbien geschickt und die haben zusammen mit der Nato einen souveränen Staat gebombt – ohne dass es einen Sicherheitsratsbeschluss gegeben hätte“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 10.3.2014). Sein Vorgänger, Altbundeskanzler Helmut Schmidt, hielt bereits 1999 die deutsche Kriegsbeilegung für nicht zu rechtfertigen: „Gegängelt von den USA haben wir das internationale Recht und die Charta der Vereinten Nationen missachtet“ (*Frankfurter Rundschau*,

3./4.4.1999). Gegen keine einzige verantwortliche Person dieses von der NATO im März 1999 begonnenen Krieges wurden bisher Ermittlungen eingeleitet.

Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbund. Dem 1914 gegründeten Internationalen Versöhnungsbund gehören in rund 40 Staaten der Erde ca. 100000 Mitglieder an. Der Verband hat Beraterstatus bei den Vereinten Nationen. Siehe auch Ronnefeldt im *Aachener Friedensmagazin* www.aixpaix.de

Wir widersprechen! Kein Schulterschluss von DGB und Bundeswehr

Im Februar 2013 kam es zu einem denkwürdigen Treffen zwischen DGB-Chef Michael Sommer und Verteidigungsminister Thomas de Maizière, auf dem eine enge beiderseitige Kooperation vereinbart wurde. Auf den hierauf einsetzenden Protest reagierte Michael Sommer in seiner Rede auf dem GEW-Gewerkschaftstag im Juni 2013 mit der Ankündigung, einen friedenspolitischen Workshop abhalten zu wollen, auf dem alle strittigen Fragen erörtert werden könnten.

Dieser „Dialog“ fand auch am 30. Oktober 2013 statt. Zu ihm wurden jedoch fast ausschließlich Personen geladen, die dem Militär nahestehen, weshalb hiergegen massive Proteste organisiert wurden. Schon zuvor wurde von der Frauenfriedenskonferenz die Kampagne „Wir widersprechen!“ ins Leben gerufen, um möglichst viele Menschen hinter der Forderung, gegen diesen Schulterschluss des DGB mit der deutschen Kriegspolitik zu mobilisieren. Dies kann zunächst dadurch geschehen, den folgenden Aufruf zu unterzeichnen. Sinnvoll ist es jedoch auch, zu dem Thema Veranstaltungen durchzuführen, um so lokal darauf zu drängen, dass diesem Thema verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet wird.

Gerade vor dem 20. DGB-Bundeskongress vom 11. bis 16. Mai 2014 in Berlin ist es wichtig, gegen einen Schulterschluss von DGB und Bundeswehr zu protestieren.

AUFRUF: WIR WIDERSPRECHEN!!

Am 5. Februar 2013 folgte der offiziell Bundesverteidigungsminister genannte Thomas de Maizière (CDU) der Einladung des DGB-Vorsitzenden Michael Sommer in das DGB-Haus, um dort gemeinsam vor die Medien zu treten.

„Die Bundeswehr versteht sich als ein Teil der Friedensbewegung“, erklärte de Maizière, und Michael Sommer widersprach nicht.

WIR WIDERSPRECHEN!

Die Bundeswehr, aufgebaut von der Nazi-Generalität, entgegen dem Potsdamer Abkommen von 1945 und gegen den Widerstand der Arbeiter- und Friedensbewegung, war und ist kein Teil der Friedensbewegung, im Gegenteil. Sie war und ist ein Instrument der deutschen Banken und Konzerne, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten. Sie war und ist ein Instrument, um deren Interessen weltweit abzusichern – wie es inzwischen jeder – auch Michael Sommer – in den „verteidigungspolitischen Richtlinien“ nachlesen kann.

„Das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung

war historisch belastet, das ist es heute nicht mehr“, erklärte Michael Sommer.

WIR WIDERSPRECHEN!

Die Arbeiter- und Friedensbewegung hat zu Recht gegen die Wiederbewaffnung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg gekämpft. Tausende Kolleginnen und Kollegen sind deswegen mit Verfolgung und Gefängnisstrafen belegt worden. Und heute zeigt jeder Tag erneut, wie belastet das Verhältnis zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung ist. Um nur ein paar Schlaglichter zu nennen:

- **Weltweite Kriegseinsätze:** Seit 1991 wird in immer offenerer Form die Aufgabe der „Bundeswehr“ als weltweit einzusetzendes Instrument zur Sicherung der deutschen Kapitalinteressen festgeschrieben. Die deutsche Armee ist längst keine „Bundeswehr“ mehr, sondern entgegen ihrem grundgesetzlich niedergeschriebenen Auftrag eine weltweite Einsatzarmee, die in zwölf Ländern mit fast 9000 Soldaten Krieg gegen andere Völker führt. Thomas de Maizière erklärt, prinzipiell gebe es keine Region mehr, in der Deutschland nichts zu suchen habe (*MDR Info* 1.7.2012). Es sind unsere Söhne und Töchter, die hier für die Interessen des deutschen Kapitals verheizt werden!

- **Einsatz in Klassenzimmern:** Trotz aller Proteste werden vermehrt Bundeswehrangehörige eingesetzt, um bereits unsere Kinder für das Töten und Sterben zu werben. 2012 wurden an deutschen Schulen 334000 Schüler dem Einfluss von Bundeswehrjugendoffizieren und Wehrdienstberatern ausgesetzt, mit 300000 Vorträgen und Seminaren wurden Lehrer und andere Multiplikatoren herangezogen – Tendenz steigend! Hinzu kommen öffentliche Rekrutengelübnisse, Beförderungsapelle, Auftritte auf Messen, Volksfesten etc.!

- **Der Einsatz der Bundeswehr gegen das eigene Volk:** Ein sol-



cher wird seit 2006 mit dem flächendeckenden Netz der Heimatschutzkommandos systematisch aufgebaut, durch de Maizières Konzeption der Reserve mit Masse gefüllt. Seit dem Bundesverfassungsurteil vom Juli 2012 wird sogar dem bewaffneten Einsatz gegen das eigene Volk Tür und Tor geöffnet – der klarste Beweis, dass von einem „unbelasteten Verhältnis“ keine Rede sein kann!

Zu all dem schweigt Michael Sommer nicht nur, sondern er behauptet entgegen allen Beschlusslagen des DGB, dass der DGB keine Position gegen die zunehmenden Auslandseinsätze der Bundeswehr, gegen den

Afghanistan-Krieg hätte. Mehr noch, im klaren Widerspruch zur Satzung des DGB erklärt Sommer, man müsse alles dafür tun, „die Soldaten anständig auszurüsten“, was einem Freibrief zur Aufrüstung gleichkommt.

WIR DAGEGEN ERKLÄREN:

Wir müssen alles dafür tun, um gegen diesen Schulterschluss des DGB mit der deutschen Kriegspolitik die alte und wieder hochaktuelle Erkenntnis zu setzen:

„Bei der Masse der arbeitenden Männer und Frauen liegt die Entscheidung über Sein oder Nichtsein des heutigen Militarismus.“ (Rosa Luxemburg, 1871-1919)

Von einer kriegerischen und gewaltvollen Welt...

Das Jahr 2014 markiert den 100. Jahrestag des Beginns des Ersten Weltkriegs. Dieser Krieg gilt als Symbol für eine globale Dominanz der strukturellen und kulturellen Gewalt und ist der Beginn eines Jahrhunderts der „Kultur des Krieges und der Gewalt“, das zwei Weltkriege, mit besonderer Verantwortung und Schuld Deutschlands, und unzählige regionale Kriege und Konflikte hervorbrachte.

... zu einer Kultur des Friedens, der Gewaltlosigkeit und Gerechtigkeit

Nichtsdestotrotz werden Gewaltfreiheit und Alternativen zu Gewalt und Krieg zu Beginn des 21. Jahrhunderts weltweit immer stärker eingefordert. Frieden ist die Herausforderung für alle; die Vernunft muss in den Dienst ziviler Konfliktlösungsstrategien gestellt werden.

Vor diesem Hintergrund und unter dem Motto „From a World of War and Violence to a Culture of Peace and Nonviolence“ wird im Zeitraum vom 6. bis zum 9. Juni 2014 das Sarajevo Peace Event in der Hauptstadt Bosniens und Herzegowinas stattfinden. Es soll Gelegenheit bieten, die Erfolge und Herausforderungen in Hinblick auf Frieden und Gewaltfreiheit in Europa zu re-

flektieren und zu diskutieren. Im Rahmen des Events sind eine Vielzahl von Aktivitäten geplant. Dazu zählen Vorträge, Plenumsdiskussionen, mehr als 100 Workshops, ein Friedensmarsch sowie ein internationales Jugendcamp. Des Weiteren gibt es kulturelle Aktivitäten, wie ein Film- und Musikfestival.

Die Themen, die dort behandelt werden, sind in fünf Kategorien unterteilt:

Militarismus und dessen Alternativen

Frieden und soziale Gerechtigkeit

Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit

Gender, Frauen und Frieden

Versöhnung und Vergangenheitsbewältigung

Das Sarajevo Peace Event wird das größte internationale Friedensevent des Jahres 2014.

Friedensaktivisten aus aller Welt, sowie zahlreiche internationale Politiker und Friedensnobelpreisträger werden Teil sein dieses großen Festivals des Friedens, der kulturellen Vielfalt, der Toleranz und der Solidarität.

Bitte jetzt anmelden und registrieren unter www.peaceeventsarajevo2014.eu

Wir werden deswegen nicht nachlassen, gerade in den Gewerkschaften um diese Erkenntnis zu kämpfen. Und Dich, Michael, erinnern wir an das Schicksal Deines Amtskollegen Christian Fette, der auf dem 2. DGB-Bundeskongress 1952 abgewählt wurde, weil er sich entgegen den Beschlüssen des DGB für die Remilitarisierung verwenden ließ!

München, 16. Februar 2013, Arbeitstreffen der Initiative Frauenfriedenskonferenz

Wir bitten, den Aufruf zu unterzeichnen! Online bei www.frieden-mitmachen.de oder per Mail an Barbara Tedeski · Nimmerfallstr. 33 · 81245 München · barbara.tedeski@freenet.de mit folgendem Text: Ich unterstütze ebenso den Aufruf und bin mit der Veröffentlichung meines Namens einverstanden: Nachname · Vorname · Gewerkschaft · ggf. Funktion (Funktionsangaben dienen der Information) · Adresse · E-Mail · Ort, Datum

Kampfdrohnen für die neuen Kriege



Oben: Air-Base Ramstein, unten: Steuerung von Kampfdrohnen

Peter Strutynski

Die Verbreitung der Drohnentechnologie schreitet mit großer Geschwindigkeit voran. Drohnen 900 verschiedener Typen befinden sich bereits in den Arsenalen von nahezu 90 Staaten. Die meisten von ihnen sind Überwachungsdrohnen. Über Kampfdrohnen, also bewaffnete unbemannte Luftfahrzeuge, verfügen hingegen bisher nur etwa 20 Staaten, und diejenigen Staaten, die solche Killerwaffen bereits eingesetzt haben, lassen sich noch an einer Hand abzählen: Es sind die USA, Israel und Großbritannien. Deutschland ist noch nicht dabei.

Noch vor einem Jahr hat der Plan der Bundesregierung, „mit Raketen bestückte Drohnen zu beschaffen, [...] einen Sturm der Empörung entfesselt, vom ehrbaren katholischen Militärbischof bis zu den üblichen Aufgeregten im Netz“, wie die *Süddeutsche Zeitung* zu berichten wusste (11.5.2013). Der Artikel aus der Feder von Joachim Käppner brach gleich auch eine Lanze für Kampfdrohnen, die einzig und allein „dem

Schutz der Soldaten auf dem Gefechtsfeld“ dienen würden. Drohnen-Kritiker wie der schon zitierte Militärbischof oder die „plakativ“ formulierenden Ostermarschierer oder eine „außenpolitisch naive“ Vertreterin von Pax Christi wollten einfach nicht begreifen, dass Kampfdrohnen Waffen wie alle anderen seien. Und: „Soldaten müssen ihre Waffen notfalls einsetzen, und sie sollten bessere Waffen haben und nicht schlechtere.“

Die Vorteile für das Militär sind in der Tat enorm. Die neue Kriegführung im 21. Jahrhundert setzt auf Hightech und Kampfroboter. Oberstes Ziel ist dabei die militärische Kontrolle über geostrategisch wichtige Weltregionen sowie die Minimierung eigener Verluste – etwa nach dem Modell NATO-Krieg gegen Jugoslawien 1999 oder NATO-Luftkrieg in Libyen 2011: In beiden Kriegen hatte die NATO keinerlei eigene Opfer zu verzeichnen. Kampfdrohnen übernehmen Aufgaben, die von Soldaten nur ungern erledigt werden: wenn sie nämlich schmutzig, langweilig oder besonders gefährlich für Leib und Leben sind. Im militäri-

schen Jargon sind das die sog. D3-Aufgaben: dirty, dull und dangerous. Und gegenüber bemannten Kampffluggesellschaften können Drohnen lange Zeit (24 oder mehr Stunden) in der Luft bleiben und sie müssen bei einem evtl. Verlust nicht in einer möglicherweise gefährlichen Rettungsmission geborgen werden. Was aus militärischer Sicht vorteilhaft erscheint, erweist sich bei kritischer Sicht als verheerend.

Die Argumente der Ostermarschierer und anderer Drohnen-Gegner sind zahlreich und sollen im Folgenden rekapituliert werden:

Erstens: Der Einsatz von Kampfdrohnen dient ausschließlich der „gezielten Tötung“ von Menschen innerhalb und außerhalb von Kriegen. Die USA (in Pakistan und Jemen), Großbritannien (in Afghanistan) oder Israel (im Gazastreifen) wenden bereits diese Waffe gegen „mutmaßliche Terroristen“ an – mit einer verheerenden Bilanz, was insbesondere die dabei getöteten Zivilpersonen betrifft. Dies haben Untersuchungen über die Drohneneinsätze in Pakistan und zuletzt ein UN-Bericht über den israelischen Militäreinsatz in Gaza hinreichend belegt. Eine im Sommer 2013 vorgelegte Studie eines US-Militärberaters kommt zu dem Ergebnis, dass bei Drohnenangriffen in Afghanistan zehn Mal mehr Zivilisten getötet wurden als bei „konventionellen“ Luftangriffen. Larry Lewis, der die Studie für das Center for Naval Analyses, einem dem US-Militär nahe stehenden Institut, durchführte, untersuchte Luftangriffe in Afghanistan von Mitte 2010 bis Mitte 2011 und konnte sich dabei auf geheime Daten der Streitkräfte stützen. Die Studie selbst ist unter Verschluss, ihr Autor gab aber der britischen Zeitung *The Guardian* (2.7.2013) bereitwillig Auskunft über wichtige Ergebnisse, auch wenn er keine konkreten Daten preisgab. Gründlich widerlegt wurde die immer wieder keh-

rende Behauptung – die auch der US-Präsident Barack Obama vertrat –, Drohnenangriffe seien präziser als Angriffe von bemannten Kampfflugzeugen. Das genaue Gegenteil sei der Fall. Dies habe damit zu tun, dass Piloten genauere Anweisungen bekämen, wie Zivilpersonen zu schützen seien.

Zweitens: Die ferngesteuerte Tötung „Verdächtiger“ ist nichts anderes als eine Aushebelung der Gewaltenteilung und eine Aufweichung rechtsstaatlicher Grundsätze und Verfahren: Politiker, die solche Einsätze anordnen, sind Ankläger, Ermittler, Richter und Henker in einer Person! Sie bestimmen, wer als Terrorist zu gelten hat und interpretieren deren Verfolgung und ggf. physische Beseitigung als Teil eines von der UN-Charta gedeckten Verteidigungskrieges.

Vollends absurd wird die Situation dann, wenn Drohnenangriffe unter der Regie der Geheimdienste stattfinden, wie das zum Teil beim US-Drohnenkrieg der Fall ist.

Drittens: Der Einsatz von Kampfdrohnen senkt die Schwelle für künftige Kriege. Der Kampfeinsatz erfolgt aus einer sicheren Entfernung (z.B. in einem US-Hauptquartier in der Wüste Nevada), die unbemannte Drohne tötet in einer Entfernung von 6000 oder 8000 Kilometern Entfernung vom „Piloten“. Die Angreifer tun dies ohne jedes persönliche Risiko – es genügt ein Knopfdruck bzw. ein Mausklick am Computer.

Sie könnten auch von deutschem Boden, von Ramstein, Kalkar oder Potsdam aus gelenkt werden. Wenn die Theorie von den asymmetrischen Kriegen zutreffend ist, dann hier.

Viertens: In Regionen zu leben, in denen die selbsternannten Anti-Terror-Krieger „Terroristen“ vermuten, bedeutet für die dort lebenden Menschen eine unerträgliche psychische

Belastung. Die permanente Bedrohung durch ferngesteuerte Kampfdrohnen verängstigt und terrorisiert die Bevölkerung, insbesondere Kinder. Dies hat eine Studie („Living under Drones“) von Wissenschaftlern der Stanford University und der New York University belegt. Sie hatten im Auftrag der britischen Menschenrechtsorganisation Reprieve die Auswirkungen von Luftschlägen gegen Aufständische im Nordwesten Pakistans untersucht. Konkreter Anlass war der Tod von 50 Einwohnern einer Ortschaft bei einer einzigen Drohnen-Attacke im März 2011. Reprieve-Direktor Clive Stafford Smith schilderte die Situation in der betroffenen Region: „Der Alltag bricht zusammen: Kinder sind zu verängstigt, um zur Schule zu gehen, Erwachsene meiden aus Angst Hochzeiten, Beerdigungen, Geschäftstreffen und alle Gelegenheiten, bei denen sich Menschen in Gruppen zusammen finden. Noch immer ist kein Ende in Sicht, nirgends können sich die gewöhnlichen Männer, Frauen und Kinder in Nordwest-Pakistan sicher fühlen.“ Besonders verheerend sei die Praxis der doppelten Angriffe. Dabei werden auch die Helfer getötet, die den Verletzten nach einem ersten Drohnenangriff zu Hilfe eilen. (*Der Tagesspiegel*, 25.9.2012) Wegen des weltumspannenden „Krieges gegen den Terror“ gibt es grundsätzlich keinen Landstrich auf dieser Erde, der nicht in das Visier der „Anti-Terror-Krieger“ geraten könnte.

Fünftens: Kampfdrohnen entziehen sich bislang bestehenden Rüstungskontroll- oder Abrüstungsvereinbarungen. Die Ausrüstung der Streitkräfte mit Kampfdrohnen bedeutet zugleich eine neuerliche Anheizung des Rüstungswettlaufs. Und der ist bereits in vollem Gange: Die Volksrepublik China ist heute schon die zweitgrößte Drohnenmacht hinter den USA. Ihre Luftwaffe verfügte im Jahr 2011 über 280 Kampfdrohnen (*Neuen Zürcher Zeitung*, 25.11.2013).



Das Buch zum Thema:
Peter Strutynski (Hg.):
TÖTEN PER FERNBEDIENUNG.
Kampfdrohnen im weltweiten Schattenkrieg.
Promedia-Verlag: Wien
2013 · 224 Seiten
14,90 Euro
(ISBN 978-3-85371-366-2)



Die USA haben ca. 350. Und Russland setzt künftig ebenfalls auf Drohnen und möchte bis 2020 sieben Milliarden Euro in deren Entwicklung stecken. Da die großen Drohnen-Hersteller (wie etwa General Atomics, USA) über eine gut aufgestellte Lobby mit Verbindungen in höchste Regierungskreise verfügen, ist davon auszugehen, dass sich die Rüstungsspirale weiter drehen wird. Denn zum einen wollen immer mehr Staaten in den Besitz dieser Killerwaffen kommen. Zum anderen wird selbstverständlich an technischen Gegenmaßnahmen (Abwehrsysteme, Raketen, neue Ortungsverfahren usw.) gearbeitet. Schon wird im Blätterwald an der Schreckensvision gearbeitet, Kampfdrohnen könnten

ja auch in die Hände von „Terroristen“ geraten. Das gehört aber eher ins Fach „Propaganda“. Denn Drohnen mit tödlichen Waffen zu bestücken, ist eine aufwändige technische und finanzielle Operation. Ganz unabhängig davon bleibt aber richtig: Solche Waffen gehören in niemandes Hand!

Sechstens: Nicht von der Hand zu weisen ist schließlich die Gefahr der weiteren Automatisierung des Krieges. Schon heute sind Wissenschaftler im Regierungsauftrag damit beschäftigt, vollautomatische Robotersysteme zu entwickeln, die autonom, d.h. letztlich unabhängig von menschlichen Entscheidungen, ihre Zielsuche und das Abfeuern ihrer

tödlichen Fracht erledigen. Anders als Menschen sind Killer-Roboter nicht leidensfähig und schrecken somit vor nichts zurück. Eine derart entfesselte Kriegsmaschinerie führt zu noch schrecklicheren Kriegen; denn die Opfer bleiben Menschen.

Obwohl die schwarz-rote Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag die Beschaffung von Kampfdrohnen nicht ausgeschlossen hat, hielt sich der öffentliche Protest – anders als beim Euro-Hawks-Skandal – in Grenzen. Auch das Versprechen der neuen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen, künftig stehe bei der Bundeswehr der „Mensch im Mittelpunkt“ und der müsse mit dem besten Material und den besten Waffen ausgerüstet werden, hat die Ge-

müter nicht sonderlich bewegt. Vieles deutet darauf hin, dass die Bundesregierung noch in diesem Jahr die Beschaffung von Kampfdrohnen beschließen will, die nachträglich auch mit Waffen bestückt werden könnten. Das könnten die US-amerikanischen Drohnen „Predator B“ oder „Reaper“ oder die israelische „Heron TP“ sein; letztere wird als Aufklärungsdrohne bereits in Afghanistan eingesetzt. Darüber hinaus arbeitet die Europäische Union an der Entwicklung einer eigenen Kampfdrohne.

Die Anti-Drohnen-Kampagne, die sich in Deutschland vor einem Jahr gegründet hat und sich als Teil einer internationalen Bewegung versteht, hat also viel zu tun. Ihre Forderungen

– zusammengefasst in einem Unterschriften-Appell – richten sich vor allem gegen Herstellung, Weitergabe und Gebrauch von Kampfdrohnen, gegen die Weiterentwicklung der Drohnentechnik hin zur vollautomatischen Kriegsführung (Robotisierung) sowie gegen die militärische, geheimdienstliche und polizeiliche Verwendung der Drohnen zur massenhaften Ausspähung der eigenen oder fremder Bevölkerungen. Die Friedensbewegung sollte sich diese Forderungen zu Eigen machen und auf breiter Front für den Appell werben.

Peter Strutynski ist Politikwissenschaftler, Mitglied der AG Friedensforschung, Kassel, www.ag-friedensforschung.de; Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag.

Irrweg EU-Armee

Sabine Lösing

In jüngster Zeit wurde die Forderung nach einer europäischen Armee wieder verstärkt von prominenter Seite in die Debatte eingespeist. Zuletzt meldete sich die neue deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen zu diesem Thema zu Wort. In der ARD-„Tagesschau“ wurde das hiermit verbundene Gesamtkalkül folgendermaßen beschrieben: „Stärkeres internationales Engagement, mehr humanitäre Hilfe in Krisenländern – die Bundeswehr muss sich auf mehr Einsätze im Ausland einstellen. Ministerin von der Leyen will den Kurs militärischer Zurückhaltung beenden. Langfristiges Ziel: eine Europa-Armee.“

Eine aktive – „verantwortungsbewusste“ – Außenpolitik erfordere demzufolge den häufigeren Einsatz militärischer Gewalt. Dafür sei perspektivisch der Aufbau einer europäischen Armee unumgänglich. Gegen diese vorherrschende Sichtweise lassen sich aus meiner Sicht mindestens drei Einwände formulieren.

Erstens stellt sich die Frage, ob die Europäische Union wirklich Interventionstruppen benötigt, um in Konflikte einzugreifen, für die sie – etwa als Folge ihrer Wirtschaftspoli-

tik oder der Rüstungsexporte – häufig eine erhebliche Mitverantwortung trägt. Da ersichtlich keine Bereitschaft existiert, diese konfliktverschärfenden Praktiken zu beenden, hat es stark den Anschein, als zielten diese Militäreinsätze erstinstanzlich darauf ab, bestehende Ungerechtigkeiten aufrechtzuerhalten – ungerechte Verhältnisse, die dem gegenwärtigen Weltwirtschaftssystem zugrunde liegen. Als Reparaturbetrieb für eine verfehlte Außenpolitik sind Militäreinsätze aber ein gänzlich ungeeignetes Mittel. Jüngst hat der Libyen-Krieg dokumentiert, dass damit Konflikte nicht „gelöst“ werden.

Zweitens soll die gemeinsame Beschaffung und Nutzung von Militärgerät („Pooling & Sharing“) als wichtiger Zwischenschritt in Richtung einer EU-Armee die Kapazitäten erhöhen, um künftig „besser“ für Auslandsinterventionen gerüstet zu sein. Es geht also nicht darum, Gelder einzusparen, um sie etwa in den Sozialbereich umleiten zu können, die Devise lautet vielmehr „More Bang for the Buck!“ („Mehr Waffen für das Geld“). Dies wird auch von Claude-France Arnould, der Chefin der EU-Verteidigungsagentur, bestätigt: „Pooling & Sharing kann keine Ausrede sein, weniger zu inve-

stieren; vielmehr eröffnet es einen Weg, zusammen über Fähigkeiten zu verfügen, die einzeln un erreichbar wären und bei der Anwendung dieser Kapazitäten, mehr Effektivität zu erreichen.“ Ob sich die erhofften Effizienzsteigerungen überhaupt realisieren lassen, ist allerdings angesichts der bisherigen Erfahrungen mit europäischen Kooperationsprojekten eher fraglich. Doch selbst wenn dies der Fall sein sollte, würde ein schlagkräftigerer Militärapparat dazu führen, dass zivile Konfliktlösungsstrategien noch mehr an den Rand gedrängt würden. Der ohnehin beobachtbaren Tendenz, militärische „Lösungen“ zu suchen, würde weiter Vorschub geleistet. Wer über den Hammer verfügt, für den sind bekanntlich alle Probleme Nägel.

Dies wiegt drittens umso schwerer, weil sich die heute bereits faktisch kaum existierende demokratische Kontrolle der so genannten „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GSVP) durch die Europäisierung der Militärpolitik noch weiter verschlechtern dürfte. Dies betrifft vor allem die Aushöhlung nationaler Kontrollbefugnisse – gerade mit Blick auf Deutschland wird etwa verstärkt gefordert, die Nutzung von „gemeinsamem“ Militärgerät für Auslandseinsätze dürfe

nicht durch ein ablehnendes Votum des Bundestages verhindert werden. Deshalb forderten etwa die CDU-Verteidigungsexperten Andreas Schockenhoff und Roderich Kiesewetter: „Eine wirkungsvolle Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird die militärischen Fähigkeiten der einzelnen Staaten in so starkem Maße zusammenlegen und unter geteilter Führung stellen, dass es nicht möglich sein wird, nationale Vorbehalte als Einzelmeinung durchzusetzen. [...] Dieser Souveränitätsverzicht betrifft gerade den Bundestag mit seiner in europäischen Vergleich eher starken Mitspracherolle und müsste sich in einer Reform des Parlamentsvorbehalts bei Auslandseinsätzen der Bundeswehr niederschlagen.“

Der drohende Abbau nationalstaatlicher Kontrollbefugnisse soll aber in keiner Weise durch die Aufwertung des Europäischen Parlaments aufgefangen werden. Gemäß Artikel 36 des EU-Vertrags wird in all diesen Fällen das EP „gehört“ und „unterrichtet“. Doch zu entscheiden hat es nichts – übrigens ebenso wie der Europäische Gerichtshof (Artikel 275 AEUV). Auch die vor nicht allzu langer Zeit ins Leben gerufene „Interparlamentarische Versammlung“ ist leider

nicht mehr als ein Feigenblatt. Die Gewaltenteilung ist in der Frage der EU-Militärpolitik somit faktisch aufgehoben – und dies wird auch so bleiben.

Ohnehin ist es irreführend von einer EU-Armee zu sprechen. Diese wird es realistisch betrachtet wohl niemals geben. Es ist schlicht nicht vorstellbar, dass die Staats- und Regierungschefs der großen Mitgliedsländer im hochsensiblen Militärbereich umfassend Kompetenzen abtreten werden – im Gegenteil. Das Spiel über die EU-Bande gibt ihnen vielmehr die Möglichkeit, in Militärfragen möglichst viel „Beinfreiheit“ zu erhalten und weitgehend abseits jeglicher demokratischer Kontrollmechanismen agieren zu können.

Einen Kuhhandel der Marke „tausche Demokratie gegen Effizienz“ darf es in der entscheidenden Frage von Krieg und Frieden jedoch niemals geben. Auch der Verweis auf vermeintliche Sparzwänge ist absolut irreführend. Wer wirklich sparen möchte, hat eine klare Alternative. Diese lautet: ABRÜSTUNG!

Sabine Lösing ist Mitglied des Europäischen Parlaments (MdEP) und Mitglied der Partei DIE LINKE.

Grenzen öffnen für Menschen. Grenzen schließen für Waffen

Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! Das Bündnis gegen Rüstungsexporte arbeitet weiter.

Christine Hoffmann

Wir lassen die Politik nicht davon kommen mit Korrekturen am Prozedere und am Zeitpunkt, wann, wer von welchen geplanten oder genehmigten Kriegswaffenexporten erfährt. Beim Rüstungsexport geht es nicht um Zahlen, sondern um Menschen. Um Menschen, die durch Waffen aus Rüstungsschmieden in Deutschland, verletzt, getötet oder ihrer Heimat beraubt werden. Immer wieder wird da, wo Kontrahenten über ausreichend Waffenarsenale verfügen, aus Konflikten bewaffneter Kampf und Krieg. Dem treten wir entgegen, denn Waffenhandel schafft Flüchtlinge.

Deutschland ruht sich auf der Position des europäischen Binnenlandes aus und überlässt den weitaus ärmeren Ländern an den sogenannten europäischen Außengrenzen – siehe Dublin II-Abkommen – die Hilfe für die Flüchtlinge, die aus Kriegen in Syrien, Afghanistan und aus Armutsfällen in Ländern Afrikas Zuflucht, Arbeit und Sicherheit für ihre Familien in Europa suchen. Schlimmer noch: Aus Deutschland wird die Technik geliefert, die Grenzzäune zu todbringenden Folterinstrumenten macht. Aus Deutsch-

land wird auch die Technik geliefert, die autoritären Regierungen die Überwachung der Kommunikation von Freiheitsbewegungen und Menschenrechtsverteidigern im Land erst ermöglicht.

Als drittgrößter Waffenlieferant der Welt

fördert die Bundesregierung den internationalen Waffenhandel. Falsche Politik bleibt falsch, auch wenn sie durch Instrumente wie den Internationalen Waffenhandelsvertrag transparenter gemacht wird. Falsche Politik rächt sich früher oder später. Das gilt für die Kunge-

lei mit den früheren Diktatoren Libyens und Ägyptens genauso wie für die seit Jahren andauernde Aufrüstung Saudi-Arabiens. Kriegswaffen in alle Welt zu liefern und die Bundeswehr mit im eigenen Lande produzierten Hightech-Waffensystemen kampffest machen zu können, ist seit der Wiederbewaffnung falsche Politik. Das ändern auch die Jahrzehnte nicht, die seitdem vergangen sind. Es wird zum himmelschreienden Unrecht, weil der deutsche Rüstungsexport immer mehr Menschenleben kostet und bedroht. Allein an Kleinwaffen aus Deutschland stirbt in der Welt alle 14 Minuten ein Mensch.

Darum macht mit bei den vielfältigen Protesten gegen Aufrüstung und Krieg, zum Beispiel bei der Aktion gegen Rüstungsfinanzierung am Morgen des 22. Mai 2014 vor der Frankfurter Messe. Mehr Informationen und Beteiligungsmöglichkeiten findet ihr unter www.aufschrei-waffenhandel.de. Gemeinsam werden wir die Waffenhändler stoppen. Früher oder später.

Christine Hoffmann ist pax christi-Generalsekretärin und Sprecherin der Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“



Die in Büchel in der Eifel lagernden Atomwaffen sollen modernisiert werden

„Solange Atomwaffen existieren, sind wir nicht sicher“

Xanthe Hall

Präsident Obama hat in seiner Berliner Rede im Juni 2013 deutliche Worte dafür gefunden, wonach sich nukleare Sicherheit nicht auf das Thema Diebstahl von Materialien für den Bau von Atomwaffen begrenzen, als er sagte: „Solange Atomwaffen existieren, sind wir nicht sicher“. Doch der nukleare Sicherheitsgipfel in Den Haag am 24./ 25. März 2014 lenkte von der eigentlichen Aufgabe ab, Atomwaffen weltweit endlich zu beseitigen. Auch wenn die nukleare Sicherheit wichtig ist: Die humanitären Folgen eines Einsatzes bleiben aus medizinischer Sicht das zentrale Thema. Zwei Staatskonferenzen zum Thema humanitäre Folgen von Atomwaffen in Norwegen 2013 und Mexiko 2014 haben diese Ansicht bestätigt. Noch in diesem Jahr treffen sich wieder Vertreter von Staaten in Wien, um darüber zu sprechen, wie ein Atomwaffeneinsatz und seine katastrophalen Folgen für die Menschheit verhindert werden können.

Weltweit existieren 17000 Atomwaffen; rund 2000 davon werden ständig in höchster Alarmstufe gehalten. Das Risiko, das dies für die Menschheit darstellt, wird nach wie vor verschwiegen. Es wird immer suggeriert, dass Atomwaffen nur in den Händen von so genannten Schurkenstaaten oder nichtstaatlichen Akteuren gefährlich sind. Es gab jedoch

in den vergangenen 70 Jahren Tausende von Unfällen mit Atomwaffen: Atomwaffen gehen verloren, Atomraketen explodieren, Flugzeuge mit Atomwaffen stürzen ab und U-Boote mit Atomwaffen an Bord sinken auf den Meeresgrund. Es gab eine Reihe von Fehlalarm-situationen, in denen die Welt bereits am Abgrund stand und das Glück hatte, dass vernünftige Leute zufällig die richtigen Entscheidungen trafen. Gleichzeitig mehrten sich in letzter Zeit Berichte über Alkohol- und Drogenmissbrauch, Schummeleien bei Eignungstests und schlechte psychische Zustände bei den US-Soldaten, die die Atomwaffen warten und sicherstellen sollen.

Die USA haben sicherlich die höchsten Sicherheitsstandards aller Atomwaffenstaaten, trotzdem kam es dort und in Großbritannien und Frankreich zu äußerst gefährlichen Vorfällen. Über die Situation in Russland, China, Indien, Pakistan, Israel oder Nordkorea wissen die Experten sehr wenig. Das größte Sicherheitsproblem besteht heute in der Gefahr, dass seitens staatlicher oder nichtstaatlicher Akteure eine oder mehrere Atomwaffen eingesetzt werden, ob absichtlich oder aus Versehen.

Die deutsche Bundesregierung behauptet, das Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu verfolgen. Doch in Wirklichkeit versteckt sie sich hinter ihre NATO-Mitgliedschaft. Seinen anfänglichen Versuch, bei der NATO den Abzug

der US-Atomwaffen aus Deutschland zu erreichen, hat der damalige Außenminister Guido Westerwelle wieder fallen gelassen. Frank-Walter Steinmeier wiederum überlässt die Diskussion den Regierungen in den USA und in Russland, die untereinander die Reduzierung von taktischen Atomwaffen klären sollen. Leider sprechen sie kaum noch miteinander und wenn, dann nicht über Abrüstung.

Noch schlimmer: Die US-Atomwaffen in Deutschland sollen unter dem Vorwand von Sicherheit und Zuverlässigkeit erneuert werden. Ab 2020 werden neue Atombomben in Europa stationiert, voraussichtlich in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlande und der Türkei. Somit werden zwar die letzten 20 verbliebenden Atombomben – die jetzt in Büchel in der Eifel lagern – abgezogen, aber nur um durch neuere, präzisere und besser lenkbare Atombomben ersetzt zu werden. Diese stehen dann wieder Deutschland im Rahmen der „nuklearen Teilhabe“ der NATO als Abschreckungsmittel zur Verfügung. Allerdings stellt sich die Frage, warum man solche Bomben mit soviel Aufwand und Kosten modernisiert, wenn man sie nie einsetzen will. Alleine der neue Heckteil, der die Bombe lenkbar macht, verursacht für Entwicklung und Produktion Kosten von über einer Milliarde US-Dollar.

In den Niederlanden läuft schon eine heiße

Debatte zu dem Thema. Im Parlament wurde bereits beschlossen, dass die Ausgaben von 11 Milliarden US-Dollar für die neuen Atombomben eine Verschwendung für etwas seien, das ohnehin nicht benötigt wird. Daher sollten die neu gekauften F35-Trägerflugzeuge für die Niederlande keine Atomwaffen tragen.

In Deutschland vermissen wir diese Debatte. Im Gegenteil, in der Bundestagsdebatte am 3. April haben wir von Dr. Hans-Peter Uhl (CDU/CSU) gehört, dass jetzt, da die Leute in Osteuropa wegen der Krim-Krise Schutz bei der NATO suchen, nicht über „einseitige Abrüstung“ geredet werden dürfe. Man will die Diskussion über den Abzug von Atomwaffen und die NATO-Atomwaffenpolitik verdrängen. Ein Konflikt Mitten in Europa zwischen den alten Kontrahenten aus dem Kalten Krieg ist meines Erachtens immer noch mit der Gefahr des Atomkriegs verbunden. Aus diesem Grund ist die Ächtung von Atomwaffen weltweit dringender denn je. Die Atomwaffen in Europa haben noch nie von einem Konflikt abgeschreckt; im Gegenteil sie bleiben eine Gefahr, weil man auf den „dummen Gedanken“ kommen könnte, sie tatsächlich einzusetzen. Und die Hemmschwelle sinkt, wenn man sie durch Modernisierung effizienter macht.

Xanthe Hall ist Abrüstungsreferentin der IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges) und Sprecherin der Kampagne „atomwaffenfrei. Jetzt!“

Termine der nächsten Monaten:

11.-16. Mai – 20. Bundeskongress des DGB – Arbeit. Gerechtigkeit. Solidarität.

Zum 20. Parlament der Arbeit kommen 400 Delegierte aus den acht Mitgliedsgewerkschaften des DGB zusammen. Dabei wird es auch um die Position des DGB zur Bundeswehr, deren Politik und deren Kriegseinsätze gehen. (Siehe S. 9) // Info: www.wir-widersprechen.de / www.dgb.de

16.-18. Mai – Konferenz „Wissenschaft zwischen Krieg und Frieden“

Militarismus und Militarisierung von Wissenschaft und Forschung damals und heute in Potsdam // Programm: www.16.mai2014.zeitung-gegen-den-krieg.de/

06.-09. Juni – Peace Event Sarajevo 2014

Infos hier in der Zeitung oder unter www.peaceeventsarajevo2014.eu/

24. Juni – Tagung des „Bundesverbandes der Deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie“

Der Lobbyverband für Überwachung, Krieg und Militärgerät soll nicht ohne kritische Aufmerksamkeit tagen. // Aufruf unter: www.stopptdenwaffenhandel.dfg-vk.de

09.-17. August – Sternfahrt für Frieden und Abrüstung nach Berlin

Vor 100 Jahren begann der erste, vor 75 Jahren

der Zweite Weltkrieg, daher: mit dem Fahrrad von Bayern, NRW, M-V und überall „Für Frieden, Abrüstung und ein ziviles Europa!“ // Infos: www.sternfahrt2014.dfg-vk.de

09.-16. August – Antiatomcamp 2014

Dieses Jahr wollen wir gemeinsam mit euch unsere Zelte bei Kiel aufschlagen, Stadt der Landesregierung und Sitz der sogenannten „Reaktoraufsicht“. Kiel liegt direkt an der am meisten befahrenen künstlichen Wasserstraße der Welt – etwa wöchentlich fährt auch ein Uranfrachter durch den Nord-Ostsee-Kanal. Um den Zugriff auf Ressourcen wie Uran, Kohle und Öl wird global Krieg geführt. Rüstungsindustrie und NATO-Marinestützpunkt bieten auch diesbezüglich zahlreiche

antimilitaristische Interventionsmöglichkeiten in und um Kiel. <http://antiatomcamp.nirgendwo.info>

17.-24.08.2014 War-Starts-here-Camp

Auf dem Gefechtsübungszentrum der Bundeswehr (GÜZ) in der Altmark üben Soldaten verschiedener Länder den Krieg. Mit Millionenaufwand wird dafür auf dem Gelände sogar eine künstliche Übungsstadt gebaut. Auf dem Camp in der Nähe des GÜZ wird es Seminare, Infoveranstaltung und Spaß geben. Aktionstag rund um das Gelände ist am 23.08.2014. www.warstartsherecamp.org

Termine der Ostermärsche und anderer Aktivitäten auch unter www.friedenskooperative.de/termdat.htm